5/2001

blz

Zeitschrift der GEW BERLIN

55.(70.) Jahrgang
Mai 2001

Die Wirtschaft als Schulmeisterin

Standpunkt:
Das sogenannte Recht auf Bildung

Schwerpunkt
Eine farbige Stadt: Multikulturelle Erziehung

Eine neues Schulgesetz

SPD-Bildungs-parteitag

GEW
Zeitschrift für die Mitglieder der GEW BERLIN
blz mai 2001

Titelfoto: Manfred Vollmer

Übrigens...

Gut gemacht GEW BERLIN. Klaus Böger, Thomas Härtel, Peter Strieder und viele andere haben unterschrieben und der blz Fotograf war dabei (S. 19). Vor dem Bildungsparteitag der SPD war die Unterschriftenwand aufgebaut und alle kamen. Es ging um die zwischen GEW und Senat ausgehandelte Vereinbarung zur Sicherung der Bildungsressourcen für die kommenden Jahre. Jetzt gilt es auch im Senat Flagge zu zeigen! Wir wollen nicht Schulden des Politrentners und Bargeldduschers Landowski bezahlen.

Es wird die Berliner Schullandschaft umkrempeln: Gemeint ist das neue Schulgesetz. Ab Seite 15 geben wir eine erste Bewertung. Eine breite Diskussion tut not, sonst werden wir unsere Schulen bald nicht mehr wiedererkennen. Die Senatsvorlage macht deutlich, dass man sich mit der CDU geeinigt hat. Aber der SPD-Parteitag hat schon wieder einige Pfeiler davon eingerissen.

Wir waren nur wenige in der Schlussredaktion. Das muss sich wieder ändern. Drei Wecker wurden bestellt. Der besondere Dank für diese Ausgabe geht daher an Bettina, Ralf und Klaus. *pit*

Impressum

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 35,– DM (inkl. Versand).

Redaktion:
Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Anja Kathrin Schultz, Hiddo Hidden, Ralf Schiweck, Folker Schmidt
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 7 vom 1.10.00

Satz und Layout:
Claudia Sikora, bleifrei Text + Grafik, Friedelstr. 40, 12047 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ISSN 0944-3207 01 2001: 22.500

Inhalt

standpunkt • leute ... 3
kurz und bündig ... 4
GLOSSE — Neue Lehrer braucht das Land ... 5

titel
Dorothy Shipps — Die Wirtschaft als Schulmeisterin ... 6

schwerpunkt
Eine farbige Stadt ... 8
Lubig-Fohsel/Weil — Griff an die eigene Nase ... 8
AG Weltanschauung — Religion und Lebenskunde ... 11

bildungspolitik
Pit Rullf — Ein neues Schulgesetz ... 15
Ulrich Thöne — Neuer Schulgesetzentwurf enttäuschend ... 17
Ulrich Thöne — SPD-Bildungsparteitag ... 18
Kay Stöck — Hauptschule lebendig halten ... 20
Rosemarie Stetten — Schafft die Schulbücher ab! ... 21

GEW BERLIN
Joachim Dillinger — Warming-up am OSZ-Verkehr ... 22
Sigrid Gärtner — Apropos Werbung ... 22
Gerda Albinus — SeniorInnen und Gewerkschaft ... 22

tendenzen
Dieter Pienkny — Wissen ist Macht ... 23

arbeitsplatz
Ilse Schaad — Rückwirkende Gewährleistung ... 24
Katja Metzig — Mehr Geld ... 25
Geschow/Unverzagt — Wehe, wenn Frau Viper kommt! ... 26
Angelika Reker — Öffentliche Armut ... 26

hochschule
Rainer Hansel — Tarifverhandlungen ... 27
Christof Jeggle — Schafft nicht die Geisteswissenschaften ab ... 28

bücher
Jörg Knobloch — Erzählt es euren Kindern ... 30

service
Theater und Schule, Fortbildung, Materialien ... 31

Redaktionsschluss 7-8/01: 1.6.01 Schwerpunkt: Mehrsprachige Erziehung
Die nächsten Sitzungen der Redaktion: 10. Mai/17. Mai und 7. Juni jeweils um 18 Uhr in der Ahornstraße 5, Cafeteria. Gäste sind erwünscht.

Das sogenannte Recht auf Bildung

Als der Höchste im Lande seine Hauruckrede hielt, glaubte ich doch wirklich, danach würde im zuständigen Ministerium mindestens darüber diskutiert, wenn nicht gleich, dann vielleicht in einem Monat, wenn nicht über konkrete Maßnahmen, dann doch vielleicht in dem Stil „Recht hat er, aber leider fehlt das Geld.“ Die Wahrheit: Es geschah gar nichts. Vielleicht finden Autoren von Leitanträgen und Resolutionen diese Bemerkung ungerecht, immerhin schrieben sie „Bildung ist Investition in die Zukunft unserer Kinder“ oder „Wissen ist unsere wichtigste Ressource“ oder „Zukunft braucht Bildung“ oder andere wohlfeile Bemerkungen. Während ich das Jahr für Jahr las, strichen wir das Unterrichtsangebot, erhöhten wir die Frequenzen, verschlechterten sich die Rahmenbedingungen der Schule und Hochschule.

Wer dazu Fakten haben möchte, lese den OECD-Bildungsbericht 2000: Mit einem Anteil von 6,2 Prozent der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben liegt Deutschland am Ende der europäischen Staaten. Wer das für gewerkschaftliche Agitation hält, dem komme ich mit der neuesten Presseerklärung der Bundesministerin für Bildung und Forschung. „Deutschland hat den Anschluss an die Spitzengruppe der führenden Industrienationen der Welt in den 90er Jahren verloren“, erklärte die Ministerin Bulmahn.

Natürlich wissen wir, dass Berlin hoch verschuldet ist. Der Krise der Berliner Bankgesellschaft folgt, dass der Senat nicht nur auf die eingeplante Dividende in Höhe von 130 Millionen Mark verzichten muss sondern auch Anteile der Bank veräußern kann. Die sich abzeichnende Deckungslücke beträgt 5 bis 6 Milliarden Mark. In dieser Situation hat der SPD-Bildungsparteitag im April beschlossen, zur Sicherung der Bildungsfinanzierung der Schulausstattung ein „Bündnis für Bildung“ zu erreichen, um die finanziellen Spielräume durch zurückgehende Schülerzahlen für Reformen zu nutzen. Gut so. Für feste Betreuungszeiten an Grundschulen, für kleinere Klassen in sozial benachteiligten Gebieten, für den frühen Fremdsprachenbeginn und für die Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts ab Klasse 5 könnten die überschüssigen Lehrer eingesetzt werden. Die Vereinbarung mit der GEW könnte das Ausstattungsniveau der Berliner Schulen sichern, Frequenzerhöhungen und weitere Kürzungen von Stundentafeln ausschließen.

So könnte das Recht auf Bildung erfüllt werden. Ob das „ein großer Sprung nach vorn“ wird, werden wir erst bei der Landung erkennen können; also nach dem Nachtragshaushalt. Aus dem Zitatensteinbruch Goethe: „Es gibt kein höfliches Recht – man muss es sich nehmen oder erkämpfen!“

Wilfried Seiring

standpunkt

Wilfried Seiring

Dieter Sommerlatte verfolgt jetzt als Zuschauer die weitere Entwicklung der von ihm maßgeblich mitgestalteten Grundschulreform: Der Oberschulrat bei der Senatsschulverwaltung ist in Pension gegangen. Bildungspolitisch hatte er in seinen letzten Arbeitsjahren wieder zunehmend Berührungspunkte mit den Vorstellungen der GEW BERLIN, bei der er vor dreißig Jahren auch im Vorstand mitgewirkt hatte. 1998 entwickelte er beispielsweise gemeinsam mit der GEW BERLIN und Jörg Ramseger von der HdK den Schulversuch Jahrgangsübergreifendes Lernen in der Grundschule. Diesen Schulversuch betreut jetzt Silvia Wagner-Welz, die auch als seine Nachfolgerin in der Senatsschulverwaltung gehandelt wird.

Sevgül Savyer lebt seit ihrem sechsten Lebensjahr in Berlin und hat 1995 an der TU Berlin ihren Abschluss als Diplom-Kauffrau gemacht. Als Seiteneinsteigerin für einen Referendariatsplatz als Berufsschullehrkraft ist sie trotzdem unerwünscht: Das Landesschulamt lehnte ihre Bewerbung ab, da sie weder einen deutschen Pass noch Angehörige eines EU-Landes sei und deswegen in der Rangliste der BewerberInnen ganz hinten steht. Jetzt hat sich Schulsenator Klaus Böger eingeschaltet: „Der Senator wünscht gerade türkisch-stämmige Quereinsteiger“, teilte seine Sprecherin Rita Hermanns der Berliner Morgenpost mit. Spätestens im November könne Savyer mit einer Zusage rechnen.

Josef Lange, Staatssekretär beim Wissenschafts- und Kultursenator, möchte keine Verantwortung für den radikalen Abbau von Lehramtsstudienplätzen an den Universitäten übernehmen. Auf einer SPD Veranstaltung Ende März sagte er: „Die Werbung für Lehramtsberufe gehört nicht zu den Aufgaben der Universitäten. Die Bedingungen an den Schulen müssen so attraktiv sein, dass der Markt mehr Studienplätze fordert.“

Wolf Wagner hat an der Freien Universität Berlin promoviert, ist Autor des erfolgreichen Buches „Uni-Angst und Uni-Bluff“ und nebenbei auch noch GEW-Mitglied. Seit 1992 im Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt tätig wurde der 56-jährige im März 2001 als deren Leiter gewählt. Er tritt sein neues Amt am 1. Juli an.

Wolfgang Schlaak war auf Elternseite Mitinitiator des Sternmarsches gegen den Bildungsnotstand in Berlin im März 2000. In einem taz-Interview sagte er zu dem Erfolg der Aktionen: „Die Bildungsmisere ist durch den Druck der Eltern, Lehrer und Schüler in der Stadt zum Thema geworden, insbesondere bei den Politikern. Sie bestreiten nicht mehr, dass es Probleme gibt. Das war vor einem Jahr völlig anders.“ Es müsse aber noch viel getan werden. Die Aktion Bildung plane deshalb weitere Protestveranstaltungen, z.B. eine „Bildungsmeile“, in der sich Schüler, Eltern und Lehrer informieren können.

Wir gratulieren!

Endlich ist es so weit: Rosi Pomian feiert in diesem Monat ihren 50. Geburtstag. Hat ja lange genug gedauert. Mit ihr sind die Frauen in der GEW BERLIN auf dem Vormarsch. Als Vorsitzende des Personalrates berufsbildende Schulen hat sie eine der letzten Männerdomänen geschliffen und das Referat für Berufliche Bildung und Weiterbildung hat mit ihr als Leiterin endlich wieder die Bedeutung bekommen, die dieser vierten Säule der GEW zukommt. Die Klugheit hat sie mit ihren Lieblingstieren gemeinsam, den Eulen. Liebe Rosi, mach weiter so, wir wünschen Dir alles Gute und halte den Tennisschläger fest in der Hand, damit der Ball saust!

Zum Thema Jahrgangsübergreifende Lerngruppen fand am 17. März eine Fachtagung statt, über die in dieser Ausgabe auf Seite 21 berichtet wird. Auf dem Podium diskutierten: Ulrike Kegler (Potsdam), Silvia Wagner-Welz (Senatsschulverwaltung) und Erhard Laube (GEW). *Foto: transit*

Budgetierung in der Jugendhilfe

Die bezirklichen Haushalte sollen bis zum Jahr 2005 nach den Planungen des Senats ihre Gelder budgetiert zugewiesen bekommen. Auf einer Fachtagung Ende März diskutierten die betroffenen Jugendhilfe-Einrichtungen und die GEW BERLIN über mögliche Folgen: Gibt es mehr Planungssicherheit für die freien Träger? Wird dadurch der gesetzliche Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf Bereitstellung von 10 Prozent der Mittel der Jugendhilfe für den Bereich der Jugendförderung eingelöst? Welche Qualität der Angebote ist zu erwarten? Welche Auswirkungen hat das Ganze auf die Arbeitsverhältnisse bei den freien Trägern?

Klar ist, dass sich alle Betroffenen intensiv mit den Grundlagen für die Erstellung der Budgets auseinandersetzen müssen (Produkterstellung und Kosten- und Leistungsrechnung usw.). Klar ist aber auch, dass politisch diskutiert und definiert werden muss, wie die Qualität von Kinder- und Jugendarbeit aussehen soll. Diese Diskussion müssen freie und öffentliche Träger gemeinsam führen, denn getrenntes Vorgehen führt nur zu doppelten Niederlagen. Die Tagung hat dafür den Auftakt gegeben.

Warnung vor unabhängigen Nachrichten

Als Schützer der Meinungsfreiheit tritt der rechtsextreme Nachrichtendienst „Unabhängige Nachrichten“ (UN) gerne unter Motto „Wahrheit, Klarheit, Offenheit“ auf und wendete sich in den letzten Monaten speziell an Schülerzeitungsredaktionen, denen sie das übliche rechtsextreme Weltbild als „Informationen von denjenigen, die denen da oben zu unbequem sind“ anbieten. Als Gegenleistung für eine Werbeanzeige der UN erhalten die Redaktionen ein Jahr lang das rechtsextreme Blatt. Unter www.un-nachrichten.de kann man sich über die Wahrheit unserer Warnung informieren.

Vorschulische Bildung und Erziehung muss stärker gefördert werden

Nach Auffassung der GEW BERLIN ist der Senat dringend gefordert, Konsequenzen aus der Sprachstanderhebung an zwanzig Weddinger Grundschulen zu ziehen. Die Erhebung hatte ergeben, dass lediglich ein knappes Viertel der geprüften ErstklässlerInnen die deutsche Sprache hinreichend beherrscht. Dies mache deutlich, dass die vorschulische Erziehung und Bildung die Kinder stärker fördern muss. Damit die Kindertagesstätten ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können, fordert die GEW BERLIN einen Personalzuschlag für alle Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache, Personalzuschläge für Kinder in allen sozial benachteiligenden Wohngebieten und nicht nur in den Gebieten des Quartiersmanagements, Fort- und Weiterbildungsangebote für ErzieherInnen, Einstellung von zweisprachigen ErzieherInnen, Aufhebung der Elternbeiträge sowie ein elternfreundlicheres Anmeldeverfahren.

Noteingänge an Schulen

Die antirassistische „Aktion Noteingang“ stößt nach Angaben des Landesschulamtes bei den Schulen auf großes Interesse. Senator Klaus Böger hatte Ende Januar die Schulen gebeten, sich an der Aufkleberaktion gegen rassistische Überfälle zu beteiligen. Böger kündigte an, pro Bezirk künftig einen Multiplikator zum Knüpfen bezirklicher Netzwerke gegen Rechtsextremismus zu benennen. Dafür sollen den PädagogInnen jeweils zwei Wochenstunden angerechnet werde. Die Bewerbungsfrist läuft am 9. Mai ab.

Fortbildung gegen Rechts

Das von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien (Lisum) gestartete Fortbildungsseminar zum Thema Rechtsextremismus unter Leitung von Michael Rump-Räuber (siehe auch sein Artikel in blz 3-4/99) hat eine große Nachfrage bei den Lehrkräften und eine beachtenswert breite Resonanz in den Medien gefunden. Die taz bezeichnet das Seminar als „in seiner Konzeption in der Bundesrepublik wohl einmalig“ und berichtet, dass 80 Prozent der TeilnehmerInnen aus den östlichen Bezirken kommen. Das Fortbildungsseminar hat zum Ziel, dass sich Lehrer mit rechtsextremistischen Tendenzen an den Schulen befassen, selbst dazu Stellung beziehen und dadurch in ihrer Rolle als Lehrkraft gestärkt werden.

Aktion „Eure Klasse im Radio“

Im April ist die Aktion „Eure Klasse im Radio“ des Kinderprogramms „Kakadu“ von Deutschland Radio Berlin angelaufen. 4.500 Grundschulen sind angeschrieben worden. Die Schulklassen wurden aufgefordert, Fragen wie „Warum ist die Erde rund?“ oder „Wer hat das Rechnen erfunden?“ zu beantworten. Die originellsten und witzigsten Ergebnisse werden von der Kakadu-Redaktion ausgewählt und im Äther bundesweit vorgestellt. Am 1. Mai 2001 feierte der bunte Vogel seinen fünften Geburtstag. Das ist für einen Papagei, der in Australien, Tasmanien, Neuseeland und Neuguinea lebt, nicht viel, denn bei guter Pflege kann er 100 Jahre alt werden.

Kakadu ist jeden Tag ab 13:30 und sonntags ab 8:08 live auf Sendung.

Neue Lehrer braucht das Land!

Jahrelang ist es verantwortlichen Politikern gelungen, den pädagogischen Nachwuchs von den Schulen fernzuhalten und stattdessen den Akademikeranteil bei Taxifahrern enorm zu steigern. Nun ist über Nacht in Deutschland der Lehrermangel ausgebrochen! Noch ein paar Jahre, und Tausende verbrauchter Pauker verschwinden – völlig unerwartet – auf dem Altenteil. Jetzt werden die Reserven mobilisiert. Leute, werdet wieder Lehrer! Wir nehmen jeden. Einzige Bedingung: aufrechter Gang und die Fähigkeit, ein Stück Kreide zu halten. Deutschkenntnisse sind von Vorteil. Aber nicht nur erfahrene Arbeitskräfte aus der freien Wirtschaft und dem benachbarten Ausland gilt es zu gewinnen, auch der junge Mensch muss wieder angehalten werden, ein Lehramtsstudium aufzunehmen. Deshalb wendet sich die Bundesregierung mit diesem Schreiben an alle Schulabgänger:

Liebe Abiturienten und Abiturientinnen!

Hätten Sie nicht gern einen schönen Beruf, der Ihnen Befriedigung, Glück, Anerkennung und ein gutes Auskommen garantiert? Stehen Sie nicht auch manchmal neiderfüllt am Schulzaun und sehnen sich nach dieser paradiesischen Idylle, die sich vor Ihren Augen auftut? Blühende Gärten, spielende Kinder, lächelnde Lehrer. Ein Traumberuf mit Zukunft! **Warum Zaungast bleiben? Kommen Sie herein, machen Sie mit, werden Sie Lehrer! Hier und heute. In Berlin. In Deutschland.**

Haben Sie sich einmal für diesen erfüllenden Beruf entschieden, wird schon das Studium Ihre freudige Erwartungshaltung in jeder Hinsicht übertreffen! Als Lehramtsstudent zahlen Sie keine Studiengebühren und genießen innerhalb der Studentenschaft hohes Ansehen! Sie erhalten von kompetentem, methodisch geschultem Lehrpersonal einen umfassenden Überblick über Ihre zukünftigen Lehrfächer. Und nicht nur hier einen Brosamen spätromantischer Lyrik, dort ein Krümelchen Kafka (aber nur aus psychoanalytischer Sicht und auch nur das Frühwerk!). Sie müssen sich grundlegende Fertigkeiten wie Sprachkenntnisse nicht teuer nebenbei in privaten Instituten erkaufen, weil Sie in der Uni keinen Sitzplatz im überfüllten Sprachlabor finden oder die Assistentin zwar des Französischen mächtig ist, aber keine einzige Grammatikregel hinreichend erklären kann. Bücher und alle benötigten Materialien stehen für Sie in der Universitätsbibliothek jederzeit in ausreichender Anzahl bereit.

Ihr Studium zeichnet sich durch Praxisnähe und persönliche Betreuung aus. Liebevoll begleiten Sie erfahrene Professoren durchs Examen, nachdem Sie mit dem nötigen psychologischen Fingerspitzengefühl für den Schulalltag ausgerüstet worden sind. Das Referendariat beginnen Sie guten Mutes, ohne längere Wartezeiten und auf keinen Fall mit der drohenden Verbannung in dörfliche Einöden, in die sonst kein Mensch will. Sie haben die freie Wahl, auch wenn Sie keine Eins im Examen vorweisen können. Ihr Wunsch-Bundesland erwartet Sie mit einem freundlichen Begrüßungsgeld. Das Referendariatssalär garantiert Ihnen einen annehmlichen Lebensstil. Schluss mit scheppernden Gebrauchtwagen und Billig-Computern aus dem nächsten Supermarkt!

Ihre Ausbilder sind erfahrene Pädagogen, mögen Kinder und können Ihnen jederzeit beispielhafte Musterstunden vorführen. Sie dämpfen Ihren Idealismus nicht mit zynischen Bemerkungen („Na, warten Sie erst mal ab, wie das im Alltag wird!“) und schicken Sie nicht psychisch in den Keller, um Sie anschließend wieder gönnerhaft aufzubauen. Ihr manchmal blindwütiger Elan wird gütig und weise in die richtigen Bahnen gelenkt. Niemand erwartet, dass Sie bei Lehrproben im schwarzen Anzug oder im Kostümchen auftreten und zwanzig Seiten lange Stundenentwürfe abliefern. Ihre pädagogische Eignung wird nicht daran gemessen, wie viele verschiedene Medien Sie in einer einzigen Stunde zum Einsatz bringen können. Nach dem zweiten Examen können Sie selbstverständlich an Ihrer Ausbildungsschule verbleiben. Aber es steht Ihnen auch jede andere bundesdeutsche Schule offen. Auf Wunsch mit Dienstwohnung!

Die Auswahl wird Ihnen schwerfallen. Ein Schulgebäude ist anheimelnder als das andere. Modernste Medien erleichtern Ihre tägliche Arbeit. In den gepflegten Klassenräumen sitzen motivierte und wissensdurstige Schüler – nicht mehr als 20 an der Zahl! –, die Sie mit Ungeduld erwarten. Zu Ihrer Unterstützung stehen interessierte Eltern bereit. Ihre Kollegen arbeiten gern zusammen, denn der Schulleiter, ein begnadeter Experte in moderner Menschenführung, prägt das herzliche Klima an Ihrer Schule. Jeder fühlt sich gerecht behandelt. Begriffe wie Mobbing oder Burn-Out sind gänzlich unbekannt. Ihre Stellung im sozialen Gefüge Ihres Wohnortes ist von Beginn an beträchtlich. Welcher Beruf ist schon so angesehen und geschätzt wie der des Lehrers? Ihre Aufstiegschancen sind mehr als erfreulich. Falls Sie – was schwer vorstellbar ist – einmal Ihre Schule wechseln wollen, stellt Ihnen niemand etwas in den Weg. Ihr Dienstherr hält Ihnen stärkend den Rücken frei und schützt Sie vor jeglicher Unbill. Kein Mensch käme auf die absurde Idee, gesellschaftliche Missstände Ihnen persönlich anzulasten. Politiker singen das Hohe Lied auf alle Lehrer! Der Bundeskanzler erinnert sich ergriffen an seine eigene Schulzeit und an die unermüdlichen Pädagogen, die ihm den Weg zum Erfolg gewiesen haben. Aus gegebenem Anlass wird der „Tag des Lehrers“ (wieder) eingeführt. Kleine Kinderhände reichen Ihnen Wiesensträuße, gerührte Mütter schmiegen sich an Sie, verlegene Väter drücken Ihnen dankbar die Hand. Vorurteilsfreie Journalisten schreiben ausgewogene und engagierte Artikel über den Schulalltag und wissen Ihren Einsatz vor Ort zu schätzen.

Was zögern Sie noch? Neue Lehrer braucht das Land! Schon mit der Immatrikulation erhalten Sie Ihre Verbeamtung. Sie müssen nur noch hier ankreuzen:

❒ **Ja, ich möchte Lehrer werden! Sofort!**

Gabriele Frydrychs

Foto: Toni Nemes/transit

Die Wirtschaft als Schulmeisterin

Auch früher haben Wirtschaftsführer in den USA die Ausrichtung des Schulsystems beeinflusst. Heute gilt ihr Wort jedoch praktisch ohne Einschränkungen.

Dass sich die Pädagogik an der Wirtschaft orientiert, ist nichts Neues. Schon vor hundert Jahren sollten Schulreformen wirtschaftliche Vorteile für den Einzelnen und die noch junge städtische Industriegesellschaft bewirken. Nun geht es, wenn auch mit mehr Nachdruck, im Prinzip um das Gleiche. Heute wie damals sind sich die Reformer einig, dass alles, was die Schulen tun, um die Arbeitsmarktchancen der Schüler zu erhöhen, direkte wirtschaftliche Folgen für die ganze Nation und insbesondere für die Städte hat.
Allerdings haben die Vertreter der Unternehmen gegenwärtig die Oberhand gewonnen und bringen einen heiklen Kompromiss ins Wanken, der ein Jahrhundert lang gehalten hatte. Sie erheben Anspruch darauf, die Ziele und Methoden eines öffentlichen Schulwesens im Rahmen einer technologiebesessenen Weltwirtschaft festzulegen. Für viele der gerade erst siegreich aus dem Kampf Kapitalismus gegen Sozialismus hervorgegangenen Wirtschaftsführer gehören die Erziehung und die globale freie Marktwirtschaft fest zusammen. Schulbildung, so meinen sie, sichert unsere nationalen Chancen im globalen Wettbewerb um Marktanteile und macht aus erfolgreichen Schülern gute Arbeitskräfte. Die Geschichte lehrt uns freilich, dass die langfristigen Konsequenzen solcher Experimente längst nicht so gut einschätzbar sind, wie ihre Befürworter es gern hätten.

Die Übertragung von Managementmethoden auf das Bildungswesen begann mit einer Kritik an der Schule. Von 1880 bis 1920 führten die Verfechter ganz anderer Theorien ihre eigenen wirtschaftlichen Gründe für Reformen an. Sie bemängelten die Unfähigkeit der Schulen, sich auf die neue, industriell geprägte und zunehmend integrierte Wirtschaft einzustellen. Der so genannte Taylorismus mit seiner Betonung von Zentralisierung und Effizienz berief sich auf die „wissenschaftliche Betriebsführung“, um mit Stoppuhr und Management „den“ richtigen Weg zu finden. In den Augen jener Unternehmer hatten diese Prinzipien die industrielle Revolution Amerikas herbeigeführt und die mächtigen internationalen Konzerne reich gemacht. Gerade das damalige Leistungsstreben brachte jedoch Probleme mit sich, die uns heute beschäftigen, insbesondere die verknöcherten Strukturen unseres Schulsystems.
Die wissenschaftliche Betriebsführung war nur die erste der ständig wechselnden Managementtheorien, mit denen die Arbeitskräfte zu immer mehr Produktivität angetrieben werden sollen, um den nationalen Wohlstand zu steigern. Die verschiedenen Trends spiegeln sich in den von den Schulen umgesetzten Reformen. Während sich manche mehr Effizienz von einer Dezentralisierung der Schulleitung versprechen, meinen andere, ein Outsourcing [1] des Schulmanagements steigere die Leistung der Lehrer.

Globalisierung beeinflusst Bildungspolitik

All dies geschieht auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierung und der zwangsläufig damit verbundenen politischen Spannungen. Die heutige Situation ähnelt derjenigen zu Beginn des 20. Jahrhunderts insofern, als die Unternehmen durch internationale Kapitalbewegungen und transnationale Produktionsprozesse ebenso stark beeinflusst werden wie die Regierungen. Die techno-

> *Eine Aristokratie, die auf Geburt, beruht, hat einem öffentlichen Sch Möglichkeiten geboten werden,*
>
> *William T. Harris,*

logische Beschleunigung, die Höhe der Investitionen, die Konzentration des Reichtums und die allgemeine Vernetztheit fördern die globale Spekulation und nehmen den Regierungen die Chance, regulierend in Wirtschaft und Märkte einzugreifen. So erstaunt es nicht, wenn die globale Marktideologie als Faktor der nationalen Bildungspolitik gilt.

Mit einer Reform ihrer Schulen versuchen die Städte immer öfter, sich dem globalen Wettbewerb zu stellen und den Unternehmen die nötigen Arbeitskräfte zu liefern. Sieht man die Schulbildung als Schlüssel zur Produktivität – und diese Sicht wird gefördert durch den Niedergang herkömmlicher Produktionsmethoden und den Aufstieg der Informationstechnologien –, dann ist die Qualität des öffentlichen Schulsystems für die Unternehmen ebenso wie für Lokalpolitiker von zunehmender Bedeutung. Wirtschaftsführer verfügen heute nicht nur über erstaunlich viel Einfluss auf gewählte Politiker und Verwaltungsbeamte, sondern auch über die enormen Geldmittel der Großkonzerne. Sie können so allein durch ihre Geschäftsentscheidungen die Wirtschaft auf lokaler und regionaler Ebene bestimmen.

Die Schulen werden als Zugpferde der Wirtschaftsentwicklung benutzt, um Unternehmen in eine bestimmte Stadt oder in einen Bundesstaat zu locken. Die Führungskräfte in Unternehmen und Lokalpolitik arbeiten bei ihrer Steuerung und Neuausrichtung Hand in Hand: Schulpolitik wird zunehmend zur Arbeitsmarktpolitik.

Reichtum und sozialer Stellung

ulsystem, wo allen die gleichen

nichts entgegenzusetzen.

US- amerikanischer Pädagoge (1835-1909)

Das enge Zusammenspiel der Spitzen von Regierung und Unternehmen geht auf Kosten der Lehrerschaft. Anders als um die Jahrhundertwende, als Lehrer ein wichtiges Wort mitzureden hatten, weil sie auf die Bedeutung der Schule für die Staatsbürgererziehung hinwiesen, werden sie heute vielfach aus der Diskussion ausgeschlossen. Die Berufung von Schulleitern aus ganz anderen Bereichen ist sowohl Symptom als auch Anlass für die Statusminderung des Lehrerberufs.

Ob die jüngsten Managementlösungen für die benachteiligten Schulen wirklich die Wende bringen und ob bessere Schulleistungen tatsächlich gegen Produktivitäts- oder Konjunkturrückgänge schützen können, bleibt dahingestellt. Demgegenüber sind die Probleme durch Reformstrategien, die im Schulwesen eine Kluft zwischen dem Markt und der Regierung schaffen, nur zu offensichtlich. Einer Untersuchung von 1992 zufolge erwarten Spitzenmanager von Schulen vor allem die Vermittlung „grundlegender mathematischer und naturwissenschaftlicher Kenntnisse“ sowie „zweckmäßiger Arbeitsgewohnheiten wie Selbstdisziplin, Pünktlichkeit und Arbeitseifer“. Solche an sich lobenswerten Ziele lassen erkennen, welche einseitigen Eigenschaften Arbeitnehmer nach Ansicht ihrer künftigen Arbeitgeber in einer Informationsgesellschaft mitbringen sollten.

Wettbewerbsfähigkeit versus Gemeinwohl

Die übrigen Erwartungen an das öffentliche Bildungswesen berücksichtigen die Unternehmen in ihrem Schulkonzept kaum. Dazu gehören etwa die Schaffung gerechter und toleranter Gemeinschaften, der Abbau des Misstrauens gegeneinander und gegenüber den Institutionen, die Sicherung der demokratischen Werte und die Weitergabe des kulturellen Wissens der Menschheit. Darüber hinaus wird heute oft auch die Chancengleichheit vernachlässigt, denn für gewöhnlich setzen weder Märkte noch Geschäftsethiken das Gleichstellungsprinzip höher an als Gewinne. Den Anforderungen eines Bildungsmarktes, in dem es in erster Linie um Wettbewerbsfähigkeit und erst in zweiter Linie um Bildung geht, werden ganze Bevölkerungsgruppen nicht mehr gerecht werden.

Beunruhigend ist auch das blutleere Staatsbürgerbild, das bei wirtschaftlichen Rechtfertigungen für bestimmte Bildungsformen im Hintergrund auftaucht. Das allgemeine Desinteresse am Staatswesen, das viele bereits jetzt für bedenklich halten, dürfte durch die ständige Betonung des Individuellen noch verstärkt werden.

Jegliche Erziehung beruht auf einem Zukunftsbild. Ist das Zukunftsbild einer Gesellschaft grob verzerrt, dann betrügt ihr Schulsystem zwangsläufig die Jugend.

Alvin Toffler, US-amerikanischer Zukunftsforscher (geb. 1928)

Was wir heute brauchen, ist eine Gegenbewegung, um die Zielsetzungen unseres Schulsystems wieder in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen. Sie müsste mit einer völlig anderen Kritik am Schulwesen ansetzen und seine Probleme nicht als Managementfehler, sondern als Symptome eines allgemeinen kulturellen Niedergangs werten. Die Lösungen würden dann eher auf das Gemeinwohl abzielen statt auf rigoroses Konkurrenzdenken und Eigenverantwortlichkeit. Neben akademischen Kriterien müssten für die Schüler Bewertungsmaßstäbe gelten, die eine aktive Staatsbürgerrolle, Toleranz und Respekt sowie kulturelle Kenntnisse in den Bereichen Kunst, Geschichte und Sprachen belohnen. Diese nach Gleichstellung und Toleranz strebende Reformbewegung würde sich nicht damit begnügen, die Produktivität zu erhöhen, sondern den demokratischen Institutionen wieder einen Inhalt geben.

Dorothy Shipps

ist Dozentin für Pädagogik am Pädagogischen Institut der Columbia University (USA). Der Artikel ist zuerst erschienen im UNESCO-Kurier Ausgabe 11/2000. Wir bedanken uns für die Nachdruck-Genehmigung.

[1] *Die dauerhafte Verlagerung von Aufgaben oder Unternehmensfunktionen jeglicher Art auf spezialisierte externe Partner bzw. Dienstleister (Anm. der Red.)*

(Quelle: UNESCO-Kurier, www.unescokurier.ch)

EINE FARBIGE STADT

Foto: Mathias Thurm/transit berlin

Eine farbige, multikulturelle Stadt ist Berlin schon lange. Dies anzuerkennen und die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, fällt aber manchem schwer. Evelin Lubig-Fohsel und Gerhard Weil fordern in ihrem Beitrag eine Curriculumrevision mit dem Ziel, interkulturelle Erziehung in der Berliner Schule zum Strukturprinzip zu machen. Und die AG Weltanschauung und Religion diskutiert die Konsequenzen, die Schule aus einer multireligiösen Gesellschaft ziehen sollte.

Der schmerzhafte Griff an die eigene Nase

Interkulturelle Erziehung (k)ein Thema für Berliner LehrerInnen ?

Hör mir mit den Türken auf, ich kann das Thema nicht mehr hören.“ „Wie lange müssen wir denn noch warten, bis die sich angepasst haben.“ „ Ich kann die Kopftuchmädchen nicht mehr sehen.“ „Eine Religion, die sich so demonstrativ zur Schau stellt, wie der Islam, ist eine Provokation.“ „Der Islam passt einfach nicht in den Westen.“ „Ich erwarte, dass die Kinder mit Deutschkenntnissen in die Schule kommen.“ Diese oder ähnliche Bemerkungen, im Lehrerzimmer so nebenbei aufgeschnappt oder in Diskussionen als Argumente benutzt, scheinen in der letzten Zeit häufiger zu werden.

Auch folgende Episode spricht für sich: Ungeniert lassen deutsche Lehrkräfte türkische Schüler in der 7. Klasse einer Oberschule die Schulordnung abschreiben, die ihnen in der Schulzeit jegliche Benutzung der Muttersprache untersagt! Ein glasklarer Verstoß gegen mehrere von der Bundesrepublik auf EU- und Europaratsebene unterzeichnete Abkommen und Bestimmungen.

Aber glaubt jemand ernstlich, dass es dabei jemals zu einem Einschreiten der Schulaufsicht kommen könnte, die ja unermüdlich in Sachen „Evaluation“ unterwegs ist?

Ist es Resignation, Überforderung, Müdigkeit, Abwehr, Fremdenfeindlichkeit, die aus derartigen Bemerkungen bzw. derartigen Verhaltensweisen sprechen und einem erschreckend unreflektierten, verbohrten aber wenig sach- und fachgerechten, fast ideologisch zu nennenden „Kreuzzug“ für die (ausschließliche) Benutzung der deutschen Sprache Ausdruck verleihen?

Während zum Thema antirassistische, interkulturelle Erziehung der Blickwinkel auf die Schülerin-

nen und Schüler gerichtet ist, bleibt die Diskussion über das interkulturelle Selbstverständnis der PädagogInnen davon weitgehend unberührt.

Wozu interkulturelle Erziehung?

Helga Marburger[1] hat 1997 Berliner GrundschullehrerInnen zu ihren Sichtweisen und Orientierungen bezüglich der Multiethnizität der bundesdeutschen Gesellschaft und den Konsequenzen für Schule und Unterricht befragt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in der Regelschule kaum so etwas wie Interkulturelle Erziehung, und zwar weder unter sprachlichen noch unter allgemeinen Aspekten, stattfindet. Nach wie vor scheint die Meinung vorzuherrschen, dass die Migranten in ihr Herkunftsland zurückkehren oder ihre Assimilation in der nächsten Generation eine interkulturelle Erziehung überflüssig mache.
Im Gegensatz zu dieser Einschätzung weisen gesellschaftliche Analysen darauf hin, dass in der Zukunft der SchülerInnen die sprachliche und kulturelle Heterogenität zunehmen wird und immer mehr von ihnen mit der Forderung nach Mobilität konfrontiert sein werden. Mit dieser Perspektive stellt sich Mehrsprachigkeit und kulturelle Heterogenität als eine Bildungsvoraussetzung für alle SchülerInnen dar. Argumente, dass der Umgang mit sprachlicher und kultureller Heterogenität eine zukunftsweisende Schlüsselqualifikation für alle SchülerInnen ist, die zur privaten und beruflichen Lebensplanung beiträgt, scheinen noch nicht weit in die pädagogische Praxis vorgedrungen zu sein. Die Berliner Situation stünde damit im deutlichen Widerspruch zu der Empfehlung der Kultusministerkonferenz von 1996, die die „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ in den bildungspolitischen Grundaussagen konkretisiert und Anregungen für die Praxis gibt. Andere Bundesländer, z.B. Bremen, haben diesen Impuls aufgegriffen und interkulturelle Erziehung zu einem wesentlichen Gestaltungsprinzip der Curriculumreform gemacht.

Unterstützung durch Rahmenpläne?

Dieser Einschätzung scheint die Mitteilung des Senats von Berlin vom 12. April 2000 an das Abgeordnetenhaus zur „Weiterentwicklung der interkulturellen Erziehung in der Berliner Schule“ (Drucksache 14/332) zu widersprechen. Hier bezieht sich der Senat ausdrücklich auf die Empfehlungen der KMK und stellt für Berlin fest: „Der Senat ist sich der großen Bedeutung von Interkultureller Erziehung bewusst und kann feststellen, dass die diesbezüglich aufgestellten Forderungen schon weitgehend der Realität in der Berliner Schule entsprechen, das Muttersprachenangebot ausgenommen.“ (S.2)
Das muss schon deshalb verwundern, weil weder Senat noch das Landesschulamt bis heute den Text der Empfehlung an die Schulen geleitet haben. Lediglich das damalige BIL hat ihn mit 4000 Exemplaren in seinem „SchiLfblatt – Nachrichten für Lehrkräfte von Migranten“ ebenso verbreitet wie die Berliner GEW.
Diese Aussage von der „erfreulichen“ Schulrealität wird belegt, indem vor allem auf die Novellierung der Berliner Rahmenpläne während der 90er Jahre und die neu erstellten Handreichungen für Lehrkräfte und die Lehrerfortbildung verwiesen wird: „Die Novellierungen der Berliner Rahmenpläne während der 90er Jahre erfolgten auf der Grundlage dieser KMK-Empfehlungen. Interkulturelles Lernen ging dabei in verschiedener Form in die Rahmenpläne (bes. Erdkunde, Geschichte, Politische Weltkunde) ein....“ (S.3)
Als Frau Senatorin Stahmer kurz vor Ende ihrer Amtszeit den Entwurf für den Rahmenplan Sozialkunde für die Klassen 7 bis 10 verbreitete und zur Diskussion stellte, da protestierten die für interkulturelle Erziehung am BIL zuständigen Moderatoren und Referenten. Die „Protestanten“ hatten Erfolg, sie wurden kurzfristig zu Textvorschlägen aufgefordert, die angeblich weitgehend aufgenommen werden sollen.
Entgegen der Senatsmitteilungen kann auf die Rahmenpläne der Grundschule bezogen festgestellt werden, dass Inhalte und Ziele interkultureller Erziehung einen nur marginalen Stellenwert haben. In dem Rahmenplan für den Lernbereich Sachkunde aus dem Jahr 1986, der in besonderer Weise auf die Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit der Kinder abzielt und dem von daher eine zentrale Funktion im Curriculum für den Grundschulunterricht zukommt, wird diese Lebenswirklichkeit weitgehend monokulturell und monolingual deutsch dargestellt. Der Sozialkundeplan für die Klassen 5/6, der interkulturelle Inhalte explizit thematisieren könnte, stammt aus den 60er Jahren!

> *Es scheint die Meinung vorzuherrschen, dass die Migranten in ihr Herkunftsland zurückkehren oder ihre Assimilation in der nächsten Generation eine interkulturelle Erziehung überflüssig mache.*

Eine notwendige umfassende Curriculumrevision, in der vergleichsweise wie in Bremen interkulturelle Erziehung ein wesentliches Strukturprinzip wird und Ziele und Inhalte der einzelnen Pläne aufeinander abgestimmt werden, hat in Berlin bislang nicht stattgefunden. Mit halbherzigen Versuchen, punktuell einen interkulturellen Bezug in einem Plan unterzubringen, ist interkulturelle Erziehung als Schlüsselkompetenz im Übrigen auch nicht zu realisieren.
Die Entwicklung von Handreichungen zum Thema „Interkulturelle Erziehung“ ist zu begrüßen. Es bleibt abzuwarten, ob die in die Handreichungen gesetzten Erwartungen – Entwicklung von Lehrerkompetenz, Entwicklung von Leitlinien für den Unterricht, pädagogische Grundsätze und Methoden interkulturellen Lernens, Vorschläge zu Unterrichtsinhalten und Projekten – auch erfüllt werden. Am LISUM liegen jedenfalls mehrere Broschüren zu DaZ und interkultureller Erziehung als Druckvorlagen bereit, die mangels Druckkapazität oder Veröffentlichungsmittel nicht an die Schulen gelangen können. Die umfangreiche Dokumentation der LISUM-Fachtagung zu „Gewalt – Rechtsextremismus – Fremdenfeindlichkeit in der Schule“ haben deshalb dankenswerterweise die Kollegen der ÖTV Berlin →

gedruckt, eigentlich in diesen Tagen eine Bankrotterklärung des Senats!
Über die Lerninhalte hinausgehend, wird die Lehrerfortbildung als wesentliches Instrument angesehen, Inhalte und Ziele interkulturellen Lernens in der Praxis zu vermitteln und die „Qualität und Einstellung der Lehrkräfte“ zu beeinflussen. Sieht man sich das differenzierte und umfangreiche Angebot des LISUM zur interkulturellen Erziehung an, muss in der Tat der Eindruck einer intensiven Auseinandersetzung mit interkulturellen Themen innerhalb der Berliner Lehrerschaft und eines regen Erfahrungsaustausches entstehen. Die Angebote zur interkulturellen Erziehung werden (wie in vielen anderen Bereichen) allerdings nur in einem geringen Umfang von LehrerInnen nachgefragt oder fallen mangels ausreichender Nachfrage aus (und das nicht erst seit dem glorreichen „Pieper-Rundschreiben“).
Was der Berliner Schule zu diesem Thema offenkundig fehlt, ist der berühmte Ruck: Mit dem bisherigen Tempo und Mittelaufwand kann es noch Jahre dauern, bis die Vorstellungen der KMK-Empfehlung zur interkulturellen Erziehung auch nur ansatzweise curricular verankert, mit Unterrichtsmaterialien gestützt und durch Lehrerfortbildung gefördert die Schulrealität großflächig verändern können.

Es fehlen nach wie vor:
• bildungspolitische Impulse, die die Notwendigkeit interkulturellen Lernens als pädagogische Antwort auf das Leben in sprachlich und kulturell heterogenen Zusammenhängen begründen und Beharrlichkeit,
• eine Curriculumrevision, die interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation Ernst nimmt,
• Handreichungen, die interkulturelle Ziele und Inhalte konkretisieren einschließlich der Mittel zu ihrer Entwicklung und Verbreitung,
• Unterrichtsmaterialien der Verlage, die Beispiele für Interkulturelle Erziehung geben, wenn die Rahmenpläne erst mal geändert sind, und
• Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die für LehrerInnen attraktiv gemacht werden (Stundenermäßigung, Erwerb von Zertifikaten).

Fehlendes Bewusstsein?

So sehr wir einen Zusammenhang zwischen Versäumnissen und fehlenden Impulsen der Bildungspolitik einerseits, und dem geringen Interesse an interkultureller Bildung und Erziehung in der Lehrerschaft andererseits sehen, müssen wir uns zuerst auch an die eigene Nase fassen:
Wir wollen das langjährige Engagement tausender für die Migranten und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eintretender Lehrkräfte trotz all der wahrhaft nicht rosigen Schulbedingungen überhaupt nicht negieren, müssen aber dennoch zu einer in einer Gewerkschaftszeitung sicher ungewöhnlichen „Publikumsbeschimpfung“ ansetzen: Angesichts von 130 Opfern, die seit der Wende rassistische, fremdenfeindliche Attacken von Tätern nicht überlebt haben, die bestimmt nicht als unverbesserliche Alt-Nazis zu bezeichnen sind, sondern überwiegend junge Männer im Alter von 14 bis 21 Jahren, also Schulen, Berufsschulen zur Tatzeit besuchten oder vor nicht langer Zeit verlassen haben, muss doch die Frage erlaubt sein, was diese in der Schule gelernt haben und welchen erzieherischen Einfluss ihre LehrerInnen nahmen.
Fehlt es nicht vielen von uns an Zivilcourage, wenn es um stigmatisierende bis fremdenfeindliche Äußerungen im KollegInnenkreis geht? Haben Sie, liebe Leserin, lieber Leser, nicht auch schon Sprüche wie die am Anfang dieses Beitrages in Ihrem Kollegium gehört, oder gar schlimmere? Haben Sie noch nie Äußerungen von KollegInnen gehört, die Sie eher bei einem Stammtisch der Republikaner vermutet hätten?
Wie gehen Sie damit um? Nicht hinhören? Als nicht so ernst gemeint abtun? Aus Angst vor Ausgrenzung sich nicht einmischen? Insgeheime Zustimmung?
Fehlt es nicht vielen an dem dringend für interkulturelle Arbeit notwendigen Bewusstsein, dass aus dieser Gruppe nicht nur Probleme, sondern auch Belebendes, Kreatives in den Schulalltag kommt? Ist nicht die verzweifelte Suche nach deutschen Schülern, egal mit welchen Problemen, Hauptsache aber deutscher Herkunft (bei allem Respekt vor dem Streben nach integrationsfördernden Mischungsverhältnissen) eventuell auch ein Ausdruck der Nichtakzeptanz der Migrantenkinder? Ohne diese wäre der eigene Arbeitsplatz übrigens längst verschwunden!
Was sind die Zukunftsperspektiven der interkulturellen Erziehung einschließlich der Bekämpfung des Rechtsradikalismus? Was geschieht, wenn die verantwortlichen Politiker außer den üblichen Ankündigungen auf Pressekonferenzen weder auf der Ebene der Senatsverwaltung noch besonders bei der Schulaufsicht des Landesschulamtes ein Engagement für ein entwicklungsfähiges Konzept der Interkulturellen Erziehung zeigen, das zum Ziel hat, auf das Leben mit kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit vorzubereiten? Was geschieht, wenn die Lehrkräfte nicht hinreichend motiviert sind, sich diesem Thema ernsthaft zuzuwenden? Dann wird das Umdenken in Deutschland allgemein und an unseren Schulen im besonderen trotz Aufrufen, Demonstrationen und Lichterketten eine wohl noch zu lange, sehr schmerzliche Zeit auf sich warten lassen und das Unwort des Jahres von den „national befreiten Gebieten“ kann bittere Realität werden!

Evelin Lubig-Fohsel, Gerhard Weil
sind MitarbeiterInnen im LISUM

[1] *Marburger, Helga/ Helbig, Gisela/ Kienast, Eckhard (1997): Sichtweisen und Orientierungen Berliner Grundschullehrerinnen und -lehrer zur Multiethnizität der bundesdeutschen Gesellschaft und den Konsequenzen für Schule und Unterricht. In: Heintze/Helbig/Jungbluth/Kienast/Marburger: Schule und multiethnische Schülerschaft. Sichtweisen, Orientierungen und Handlungsmuster von Lehrerinnen und Lehrern, Frankfurt (Main)*

Religion und Lebenskunde

Die „AG Weltanschauungen und Religion" dokumentiert hier ihre Position zum Thema Religion und Lebenskunde. Eine Diskussion darüber ist ausdrücklich erwünscht!

In Berlin hat sich in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerung soziologisch, „ethnisch", konfessionell und sprachlich gravierend verändert. Multikulturalität in allen Bereichen und Lebensformen ist der "Normalfall" geworden. Auf diese veränderten gesellschaftlichen Bedingungen hat sich die Berliner Schule bisher noch nicht in der erforderlichen Weise eingestellt. Immer noch werden Mehrsprachigkeit, eine durch Migrationserfahrungen bestimmte Biographie sowie verschiedenartige kulturelle und religiöse Prägungen für den schulischen Lernprozess als hinderlich angesehen. Teilweise völlig veraltete Rahmenpläne und Unterrichtsmaterialien, die Migration und ihre Wirkung auf die Gesellschaft nicht berücksichtigen bzw. ausblenden, sind immer noch gültig.
Schule muss die Herausforderung einer multikulturellen, multireligiösen und mehrsprachigen Gesellschaft annehmen und geeignete Konzepte zur höheren fachlichen Qualifizierung, zur Entwicklung von Toleranz, Achtung und Schutz der Menschenrechte erarbeiten und bereitstellen.
Angesichts des zunehmenden Pluralismus, der anwachsenden Multireligiosität aber auch Nicht-Religiosität unserer Gesellschaft entstehen für den Staat eine Reihe von Problemen, die bei der Abfassung des Grundgesetzes nicht voraussehbar waren. Die in GG Art. 4 zugesicherte Religionsfreiheit ist nicht auf die beiden großen christlichen Kirchen beschränkt. Welchen anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften soll bzw. muss aber das Recht noch zugebilligt werden, Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in der Schule anbieten zu können?
In Berlin würden voraussichtlich katholischer, evangelischer, russisch-orthodoxer, jüdischer Religionsunterricht, unterschiedliche islamische und buddhistische Unterweisungen, Lebenskunde des Humanistischen Verbandes und Religionsunterricht der Zeugen Jehovas nebeneinander angeboten werden müssen. Während sich die evangelische und katholische Kirche einig sind, dass der Religionsunterricht konfessioneller Fachunterricht bleiben soll, gibt es aber auch innerhalb der Kirchen Stimmen, die ein Umdenken anmahnen. So warnt z.B. der Leiter des Pädagogisch-Theologischen Instituts in Hamburg, Horst Gloy: „Grundgesetzliche Garantie hin oder her. Ein schulischer Religionsunterricht auf der Basis der herrschenden Auslegung und Praxis nach Art. 7,3 wird in einer Gesellschaft, die sich aller Voraussicht nach noch weiter pluralisieren, und das heißt eben auch durch wachsende Multikulturalität gekennzeichnet sein wird, in einer schulischen Sackgasse und damit im pädagogischen Abseits enden".

Das Berliner Konzept des Religionsunterrichts baut auf der „Bremer Klausel" (siehe Kasten auf Seite 14) auf: sie erlaubt den Religionsgemeinschaften in Berlin bekennenden Religionsunterricht als freiwilliges Fach, nicht als ordentliches (Pflicht-) Lehrfach anzubieten, wobei der Staat die Räumlichkeiten etc. und v.a. 90 Prozent der Personalkosten für den Religionsunterricht bereitstellt.
Nur eine Minderheit an katholischen und protestantischen Schülern erhält heute noch in Berlin Religionsunterricht, v.a. nach der Konfirmation meldet sich die große Mehrheit der ca. 400 000 Berliner Schüler vom freiwilligen Religionsunterricht ab. Die Freiwilligkeit der Teilnahme hat zur Folge, dass die Angebote der Kirchen und des Humanistischen Verbandes oft nicht Ernst genommen werden und die Freistunde dem Unterricht vorgezogen wird. An den Grundschulen werden durch die Notwendigkeit der Betreuung nicht am Religionsunterricht teilnehmender Schüler Lehrerstunden zweckentfremdet verwendet, die an anderer Stelle fehlen. Von der Forderung eines Pflichtfaches Religion erwarten die Kirchen u.a. die Lösung dieser Probleme.

Vorschlag der Kirchen und des Schulsenators

Der zur Zeit lebhaft diskutierte Vorschlag der Berliner Kirchen und des Senators für Schulwesen sieht die Einrichtung einer „Fächergruppe" bzw. eines Wahlpflichtbe-

EINE FARBIGE STADT

reichs Religionen – Ethik – Philosophie vor, wobei alle anerkannten Glaubensgruppen und Religionen unter staatlicher Aufsicht und staatlich finanziert ihr Unterrichtsfach erteilen würden. Das Fächergruppenmodell ist für viele Interessenten akzeptabel, für die Landeskirchen genauso wie für den Humanistischen Verband oder die Islamische Föderation (prinzipiell sogar für die Vertreter einer islamischen Kulturkunde).

Folgende Argumente werden diskutiert:

• **Als Vorteil des Modells wird hervorgehoben, dass alle Gruppen (theoretisch) gleichbehandelt werden.**

Foto: Michel

Jedoch sind auch die Nachteile des Modells offenbar: die Schüler werden nach Religions- und Weltanschauungsgruppen segregiert, pädagogische Chancen des gemeinsamen Lernens, der produktiven Auseinandersetzung werden verschenkt. Das Fächergruppen-Modell kommt zwar den Interessen der jeweiligen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft entgegen, vernachlässigt jedoch pädagogische Ziele.

• **Das Argument, Religionsunterricht sei Prävention gegen Kriminalität, Werteverfall, Drogen etc.,** ist in keiner Weise durch empirische Befunde zu belegen.

• **In der Stellungnahme der Kirchen zur Fächergruppe vom Oktober 1998 wird behauptet, dass die Erfahrung von Kindern und Heranwachsenden mit authentischen Vertretern der Religionen, die persönlich Position beziehen, unverzichtbar für die Entstehung einer stabilen persönlichen Identität sei.**

Sicher ist das Erleben konkreter Vorbilder und Identifikationsfiguren, an deren Haltungen und Positionen sich Jugendliche „abarbeiten“ können, ein wichtiger Faktor. Dies gilt jedoch für Lehrerinnen und Lehrer aller Fächer gleichermaßen und keineswegs nur für Vertreter der Religionsgemeinschaften.

• **Konfessioneller Unterricht soll dazu beitragen, eine persönliche Religiosität zu entwickeln.**

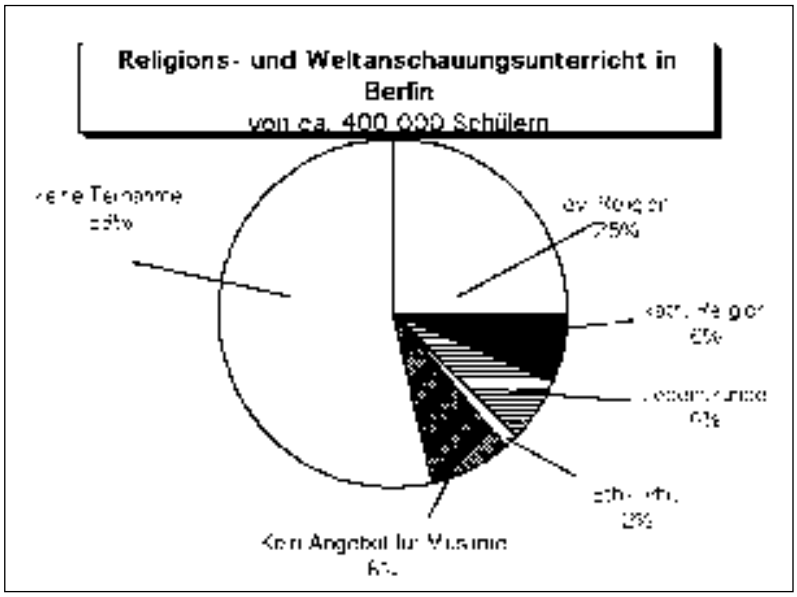
Dies darf jedoch nicht Ziel der staatlichen, weltanschaulich neutralen Schule sein. Die Entwicklung und Stärkung der persönlichen Religiosität kann in der Familie, der Gemeinde und ihrer „Christenlehre“ erfolgen.

• **Es wird vorgetragen, dass sich erst aus der Erfahrung persönlicher Religiosität heraus eine stabile persönliche Identität entwickeln könne, die eine Verständigung mit anderen Religionen und Weltanschauungen in der Gesellschaft möglich mache.**

Die Vermittlung von Wertvorstellungen aus der Distanz des Vergleichs werde nicht gelingen. Hinter dieser Auffassung scheint einerseits die höchst fragwürdige Vorstellung zu stehen, dass eine erfolgreiche Wertevermittlung nur auf religiöser Basis erfolgen könne. Es ist ein Fehlschluss anzunehmen, der nicht-bekennende Unterricht könne per se nicht Position beziehen, müsse in kulturrelativistischer Beliebigkeit verharren. Insbesondere die in den Menschenrechten niedergelegten Werte müssen die Leitlinie der Werteerziehung auch in dem integrativen Modell sein. Position beziehen, persönlich Stellung nehmen ist keineswegs eine Besonderheit des Religionsunterrichts. Auch ein Atheist kann humanistische Ideale authentisch vertreten und vorleben. Zudem fordert z.B. der Paragraph 1 des Berliner Schulgesetzes von der Schule „... die Heranbildung von Persönlichkeiten....., welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustande zu bringen, und welche der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen“, – eine klare Positionsbestimmung für die gesamte Schule! Die Berliner Schule hat nicht das Ziel zur individuellen Bekenntnisfindung, -festigung oder gar zur Missionierung beizutragen. Trotz der oft postulierten „Pluralität“ kommen gewisse Zweifel hinsichtlich der Fähigkeit zu distanzierter, kritischer Betrachtung und Bewertung eigener und fremder Positionen auf.

• **Der Vorschlag der Kirchen und des Schulsenators bezieht sich auf den Unterricht in der Oberschule.**

Wie ein derartiger Ansatz in der Grundschule verankert werden soll, wird nicht thematisiert. Bis zur 4. Klasse folgt die Grundschule den Prinzipien des vorfachlichen Unterrichts, der sich auf die kindliche Sicht der Welt und der näheren Umwelt einstellt. Schwerpunkt des Unterrichts in Lernbereichen, im Unterschied zum Fachunterricht, ist die Orientierung an der kindlichen Lebenswirklichkeit. Die getrennte Vermittlung religiöser und weltan-



schaulicher Inhalte und die Aufteilung der Kinder nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit und der Weltanschauung widerspricht dem besonderen integrativen Gedanken der Grundschule.

Das integrative Modell

Die GEW will keinesfalls die Beschäftigung mit Religion aus der Schule ausblenden. Sie ist jedoch der Meinung, dass weder die gegenwärtige Praxis noch die Vorschläge des Senators für Schulwesen und der Kirchen geeignet sind, den Ansprüchen einer multikulturellen Schule gerecht zu werden.

1. Die GEW schlägt vor, dass ein Themenbereich Lebensgestaltung, Ethik Religion (bzw. das erweiterte Fach Sozialkunde) an der Schule eingerichtet wird. Dieser Bereich trennt die Schüler unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten und Weltanschauungen nicht und verteilt sie auch nicht auf verschiedene Kurse, sondern lässt sie im Klassen- bzw. Gruppenverband. Die pädagogische Chance liegt in der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Heterogenität der Gruppe. Sie wird zur Grundlage für den Austausch gemeinsamer aber auch unterschiedlicher Erfahrungen und Positionen zu spezifischen ethischen, religiösen oder lebenspraktischen Fragen. Das Kennen und Verstehen unterschiedlicher Positionen und Orientierungen und die Auseinandersetzung mit ihnen ist Voraussetzung für die Entwicklung von Empathie und Toleranz.

2. Der Austausch mit authentischen Vertretern unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Orientierungen in der Gruppe ermöglicht einen Perspektivwechsel, indem eigene selbstverständliche Positionen aus einem anderen Blickwinkel einer neuen Bewertung unterzogen werden und die eigene Sichtweise erweitert wird. Die Fähigkeit zur Selbstwahrnehmung und reflektierten Fremdwahrnehmung ist wesentlich für die Entwicklung einer stabilen Ich-Identität und trägt zur gesellschaftlichen Integration bei.

3. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Normen und Werten darf nicht dazu führen, dass sie in kulturrelativistischer

Foto: Manfred Vollmer

Unverbindlichkeit verbleiben. Sie müssen auf die universellen Prinzipien der Menschenrechte bezogen werden. Im LER-Unterricht bzw. in Sozialkunde nehmen Lehrerinnen und Lehrer Stellung – auch zu den Werten und Normen dieser Gesellschaft.

4. Die Berliner Schule hat nicht das Ziel zur individuellen Bekenntnisfindung und -festigung beizutragen. Schülerinnen und Schüler sollen ohne Indoktrination und Überwältigung (vgl. Berliner SchulG § 23) sich mit dem Phänomen „Religion“ und „Weltanschauung“ auseinandersetzen können.
Die grundsätzlich gebotene Gleichbehandlung und Anerkennung der Weltanschauungen und Religionen scheint uns am ehesten in einem den integrativen Ansatz institutionalisierenden Fach gewährleistet. Von daher hat die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer gemäß diesen Grundsätzen in staatlicher Verantwortung zu erfolgen.

Allgemeine Ziele

1. Die zunehmende Komplexität und Pluralität der Gesellschaft, die sich u.a. in unterschiedlichen kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Orientierungen ausdrückt, muss als Herausforderung für Bildung und Erziehung angenommen werden. Indem Schülerinnen und Schüler fremde Wertorientierungen und Lebensentwürfe kennen lernen, sie mit den eigenen vergleichen und sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden auseinandersetzen, wird es ihnen ermöglicht, kulturelle Vielfalt im weitesten Sinne als Bereicherung für sich selbst und die Gesellschaft schätzen zu lernen. Differenzen zulassen und Spannungen aushalten, fremde Wertorientierungen akzeptieren und tolerieren, Empathie und Solidarität entwickeln sind interkulturelle Kompetenzen, die im Dialog mit Menschen anderer Orientierungen erworben werden. Dort, wo aufgrund unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit verschiedene Wert- und Normvorstellungen aufeinandertreffen, entstehen auch Konflikte. Diese zu erkennen, Auseinandersetzungsmöglichkeiten zu entwickeln, die zu einer Lösung, aber auch zu einem Aushalten des Konfliktes führen können, ohne dabei die vereinbarten Regeln des friedlichen Umgangs miteinander aufzugeben, sind wesentliche Ziele eines wertevermittelnden Unterrichts.

2. Grundsätzliche Fragen des Lebens wie z.B. nach dem Sinn des Daseins, nach Gut und Böse, Krieg und Frieden, Liebe, Trauer und Tod können in Anbetracht der Stofffülle des traditionellen Fächerkanons,

Foto: Veit Mette

wenn überhaupt, nur unzureichend thematisiert werden. Von daher ist eine Erweiterung der Stundentafel unumgänglich.
Ein größerer zeitlicher und inhaltlicher Rahmen ermöglicht es, die Sinnfragen der Schülerinnen und Schüler aufzugreifen, sie ernst zu nehmen, ihnen die Bedeutung ihrer Fragen als grundlegende Fragen der Menschheit bewusst zu machen und Orientierungshilfen zu geben.

3. Da Schülerinnen und Schüler in ihrer Suche nach Antworten auf ihre Sinnfragen und nach Hilfen bei der Bewältigung alltäglicher und lebensumweltbezogener Probleme von der Schule oft allein gelassen werden, suchen sie häufig Zuflucht bei obskuren Sekten, pseudowissenschaftlichen und pseudoreligiösen Gruppen oder bei rechtsradikalen Demagogen. Durch das neue Unterrichtsangebot sollen sie in der schwierigen Phase des Heranwachsens in ihrer Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung begleitet und unterstützt werden.

4. Große Teile des künstlerisch-kulturellen Erbes der Menschheit müssen ohne Kenntnisse der religiösen und kulturellen Hintergründe weitgehend unverständlich bleiben. Die Vermittlung dieses Hintergrundwissens ist ein Schritt gegen die wachsende kulturelle Entfremdung.

Forderungen der GEW

Die gesellschaftlichen Bedingungen einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft stellen an Bildung und Erziehung neue Anforderungen und Ansprüche eines wertevermittelnden interreligiösen und -kulturellen Unterrichts. Aus der Einschätzung dieser Situation, der Kritik an der gegenwärtigen Praxis freiwilliger religiöser bzw. weltanschaulicher Angebote in der Verantwortung der Kirchen bzw. des Humanistischen Verbandes und aufgrund der Argumente gegen die Einführung einer Fächergruppe als Wahlpflichtbereich ergibt sich für die GEW die Forderung nach einem integrativen Pflichtfach in staatlicher Verantwortung, das religionskundliches Wissen, ethisch-philosophische Anschauungen und Orientierungshilfen für alltägliche Entscheidungs- und Handlungssituationen vermittelt.
Für die Realisierung dieser Forderung bieten sich für die SEK I zwei gegenwärtig diskutierte Modelle an. Beide Modelle gehen von einer Erweiterung der Stundentafel aus (Erhöhung der Stundenzahl des bereits etablierten Faches Sozialkunde bzw. Einrichtung eines neuen Faches LER). Für den Bereich der Grundschule sind die Inhalte des vorgeschlagenen Modells in den vorfachlichen Unterricht (Klasse 1 – 4) bzw. den Fachunterricht der Klassen 5 und 6 zu integrieren.

Sozialkunde ist als Fach mit einem Curriculum und ausgebildeten Lehrern bereits im Fächerkanon etabliert und bietet dadurch gute organisatorische und inhaltliche Voraussetzungen für eine Erweiterung. Das Fach Sozialkunde thematisiert demokratische Grundsätze und ermöglicht eine integrative Behandlung religionskundlicher, ethisch-philosophischer Elemente und lebenspraktischer Fragen. Die Erweiterung des Faches Sozialkunde setzt zwingend eine Weiterqualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer voraus.

Das seit 1996/97 in Brandenburg schrittweise in den Schulen der Sekundarstufe I eingeführte Fach Lebensgestaltung – Ethik – Religion (LER) ist in besonderer Weise geeignet, auf die Berliner Verhältnisse übertragen zu werden. Die Bremer Klausel ermöglicht eine grundgesetzkonforme Einführung von LER.

AG Weltanschauung und Religion

Bremer Klausel

In GG Art. 7,3 wird der Religionsunterricht im Unterschied zu allen anderen Schulfächern grundgesetzlich abgesichert. In Anlehnung an das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung von 1921 wird in GG Art 7,2 aber – wiederum im Unterschied zu allen anderen Schulfächern – die Möglichkeit der Nichtteilnahme eingeräumt. Jedoch gibt es im Grundgesetz expressis verbis eine Ausnahmeregelung von dem Grundsatz : „Der Religionsunterricht ist an den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach“ (GG, Art 7, 2, 1). Der Art 141 GG legt ausdrücklich fest: „Artikel 7 Absatz 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand“ .
Da der Magistrat der Stadt Berlin schon im Sommer 1945 die Weisung hat ergehen lassen, dass in allen Schulen der Religionsunterricht wieder aufgenommen und im Auftrag der Kirche erteilt werden sollte, bestand am 1. Januar 1949 eine andere als die im GG Art. 7,3 vorgesehene Regelung. Nach GG Art. 141 konnte die abweichende Regelung in Kraft bleiben.

Ein neues Schulgesetz

Betrachtet man die Geschichte der Schulgesetzgebung speziell in Berlin, dann wird deutlich: Die Diskussion um das neue Gesetz wird allen Beteiligten noch einiges abverlangen.

Foto: Michael Seifert

Schulsenator Klaus Böger hat einen weiteren Entwurf eines Schulgesetzes der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt. GEW Mitglieder erhalten den Text in der Geschäftsstelle oder über unsere Internethomepage http:// www.gew-berlin.de.

Vor 50 Jahren wurde der damalige Berliner Schulgesetzentwurf von den Beteiligten und der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert. Auch der heutige Entwurf muss mit allen Beteiligten gründlich diskutiert werden, wenn er denn für die nächsten 50 Jahre taugen soll. Die blz will in dieser Ausgabe einen ersten Anstoß geben

Warum ein neues Gesetz ?

Ursprünglich sollte lediglich die größere Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der Schulen in den beiden bestehenden Gesetzesgrundlagen „Schulgesetz“ (SchulG) und „Schulverfassungsgesetz“ (SVG) eingearbeitet werden. Auf der Grundlage der Leitidee einer Autonomie der Schulen wurde der Gesetzentwurf vollständig neu aufgebaut. Man spricht dabei von einem integrierten Schulgesetz. Vor gut zwei Jahren ging die damalige Senatorin Ingrid Stahmer mit dem von Tom Stryck konzipierten Entwurf in der öffentlichen Diskussion baden. Das Projekt wurde zurückgezogen. Dies mal ging Senator Böger geschickter vor. Hinter den Kulissen wurde solange verhandelt und gekunkelt, bis in den wesentlichen Punkten Einigkeit mit der CDU erzielt war. Erst dann ging man in die Öffentlichkeit.

Grundgesetz und Schulverfassung

Die Verfassung kann sowohl unter dem Blickwinkel der Gewährleistung individueller Freiheitsrechte als auch unter dem Blickwinkel der Wahrung einer verfassungsrechtlichen Ordnung betrachtet werden. Für die Schule tun sich in diesem Zusammenhang zwei Perspektiven auf. Einerseits können sich die unmittelbar an Schule beteiligten Schüler, Eltern und Lehrerinnen fragen: Welche konkreten Freiheitsrechte und Teilhaberechte haben wir nach dem Grundgesetz? Von der Seite des politisch-administrativen Systems stellt sich andererseits die Frage: An welchen Staatszielbestimmungen des GG (Rechtsstaat, Demokratie, Sozialstaat und Bundesstaat) hat sich die Schulverwaltung in ihrem politischen Handeln zu orientieren? Schule ist gemäß Art. 7(1) GG ein Teil der öffentlichen Verwaltung und damit ein öffentliches Gut. Darüber darf nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien entschieden werden, sondern hoheitlich nach politischen und verfassungsrechtlichen Prinzipien. Staatliches

Handeln bedarf in diesem Bereich daher der gesetzlichen Grundlage wie z.B. des jetzt vorgelegten Schulgesetzentwurfes.

Ein Grundgesetz für die Berliner Schule

will der neue Entwurf sein. Er will das Berliner Schulgesetz von 1948 und das Schulverfassungsgesetz von 1974 zusammenführen. Auch die Verfassung der Schule ist ein Teil der Verfassung von Staat und Gesellschaft. Sie muss sich in den politischen Rahmen dieser Verfassung einordnen. Dieser Versuch wird im Teil 1 des neuen Gesetzes ausführlich unternommen. Darin liegen mögliche Stärken aber auch die Gefahren von Fehlinterpretationen. Mehr Autonomie für die einzelne Schule ist die Leitidee des neuen Entwurfes. Damit knüpft er auch an die Ideen des Deutschen Bildungsrates von 1973 an, der sich damals schon für eine „Verstärkte Selbstständigkeit der Schule und Partizipation der Lehrer, Schüler und Eltern“ aussprach und die Frage behandelte, „wie die staatliche Willensbildung der repräsentativen Demokratie durch Formen der Partizipation in Teilbereichen der Gesellschaft ergänzt werden kann.“ Der Bildungsrat machte in diesem Zusammenhang die bemerkenswerte Feststellung: „Ein demokratisches Bildungsziel wie die Selbstbestimmung lässt sich in wesentlich fremdbestimmten Organisationsformen nicht verwirklichen.“

HINTER DEN KULISSEN WURDE GEKUNKELT BIS EINIGKEIT MIT DER CDU ERZIELT WAR.

Wer hat die Schule?

„Wer die Schule hat, hat die Zukunft“ sagte der berühmte preußische Geheimrat Stiehl 1850 und fügte hinzu: „Der preußische Staat aber wird seine Schule behalten.“ Das richtete sich damals gegen die Kirchen und größeren Städte, die auch an der Aufsicht über Unterricht und Erziehung stärker beteiligt werden wollten. Es richtete sich aber auch gegen Eltern und Lehrer, die meinten, ihnen gehörte die Schule, weil es sich um die Erziehung ihrer Kinder bzw. um eine professionelle Tätigkeit handele, für die nur sie fachmännisch ausgebildet seien.

Rolle des Schulleiters wird Knackpunkt

Damals stand der Rektor, der Direktor im Zentrum der schulischen Willensbildung. Zwar gab es zur Jahrhundertwende auch schon Lehrerkonferenzen, aber der Schulmonarch hatte gegenüber etwaigen Beschlüssen ein umfassendes Beanstandungsrecht „zum Besten der Anstalt“. Die Weimarer Republik beseitigte auch diesen Teil der monarchistischen Staats- und Gesellschaftsverfassung und „kollegialisierte“ den Schulleiter zu einem Vorsitzenden der Lehrerkonferenz. Er hatte die Konferenzbeschlüsse umzusetzen. Das NS-Regime organisierte auch die Schulverfassung wieder nach dem Führerprinzip: „In allen Angelegenheiten der Schulleitung und der Zusammenarbeit der Lehrkräfte steht dem Schulleiter allein ein Entscheidungsrecht zu.“ Bereits im August 1945 wurde durch eine Verordnung des Berliner Magistrats die kollegiale Schulleitung nach dem Weimarer Vorbild wieder eingeführt (vgl. zur Geschichte des Schulverfassungsrechts Nevermann 1982).

Auch wenn heutzutage viele Entscheidungskompetenzen in der Schule zu bürokratisch und damit demotivierend geregelt sind, auch wenn Kosten- und Qualitätsanforderungen stärkere Beachtung finden müssen, sollte es doch zu denken geben, dass Schulreformer Stryck mit einer Rollenzuweisung für den Schulleiter aus dem 19. Jahrhundert die Schule für das Jahr 2001 fit machen will.

Pit Rulff

Stellungnahme der GEW BERLIN zum

Die GEW BERLIN begrüßt, dass im neuen Schulgesetzentwurf

- die Vorklasse ein Teil der Grundschule ist,
- die sechsjährige Grundschule erhalten bleibt,
- keine generelle Schulzeitverkürzung vorgesehen wird, sondern ein individuelles Überspringen der 11. Klasse in Aussicht genommen wird,
- die Schulzeit in der Sekundarstufe I erhalten bleibt,
- die Schulanfangsphase flexibilisiert wird,
- verbundene Haupt- und Realschulen vorgesehen sind,
- die Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Gesetz festgeschrieben wird,
- der Religionsunterricht als freiwilliger Unterricht beibehalten wird,
- Halbjahreszeugnisse entfallen können,
- doppelt qualifizierende Bildungsgänge im Bereich der Oberstufenzentren eingeführt werden,
- Berufsoberschulen eingeführt werden.

Die GEW BERLIN lehnt ab:

- Die Möglichkeit der Einrichtung von Schulen besonderer pädagogischer Prägung durch den Schulsenator,
- die Festschreibung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung im Gesetz,
- Gymnasien und Gesamtschulen ab Klasse 5,
- Abschlussprüfungen nach der 10. Klasse (mittlerer Bildungsabschluss),
- den Haushaltsvorbehalt für die gemeinsame Erziehung,
- die Regelung, dass Integration wegen angeblicher Unzumutbarkeit für Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf abgelehnt werden darf,
- die Möglichkeit der Einrichtung von Sonderschulen für Verhaltensauffällige,
- die Ablehnung des gemeinsamen Unterrichts in beruflichen Schulen,
- die Bildungsgangempfehlung als Kriterium für die Aufnahme im Gymnasium,
- nur bis zur 3. Klasse sind Lernentwicklungsberichte möglich,
- vergleichende Schulleistungstests,
- die Einführung von Kopfnoten als mögliche Benotung,
- die Abschaffung der Lernmittelfreiheit für Berufsschüler,
- die Festschreibung von bestimmten Modellversuchen im Gesetz (Religionsunterricht),
- die Teilnahme „gesellschaftlich relevanter Gruppen” an den Rahmenplan-Kommissionen,
- die Aussortierung von Schülerinnen und Schülern nach der 8. Klasse in der Hauptschule,
- die Herausnahme der Koordinatoren und stellvertretenden Abteilungsleitern aus den Funktionsstellen, an denen schulische Gremien zu beteiligen sind,
- die Aufnahme von Werbung und Sponsoring als Einnahmemittel, über die die Schulkonferenz zu entscheiden hat,
- die Aufgabe des Schulleiters als Dienstvorgesetzter,
- dass den schulischen Gremien nur noch die beiden geeignetsten BewerberInnen vorgeschlagen werden,
- das Benennungsrecht an eine 2/3-Entscheidung der Schulkonferenz zu binden, statt es bei der Gesamtkonferenz zu belassen,
- die Verlagerung der Aufgaben von der Gesamtkonferenz auf die Schulkonferenz.

Schulgesetzentwurf (Auszug)

Die GEW BERLIN kritisiert:

- Der Begriff Chancengleichheit wird durch Chancengerechtigkeit ersetzt.
- Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben einen Anspruch auf eine ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechende schulische Bildung. Dies könnte für eine Sonderschuleinweisung begründend werden.
- Die Schulaufsicht trifft die Feststellung, ob ein Schüler sonderpädagogischen Förderbedarf hat.
- Die Kriterien für den Eingriff des Schulleiters in den Unterricht sind zu schwammig.
- Die Erweitere Schulleitung hat kaum Kompetenzen, ihre Zusammensetzung sollte in den Schulen geklärt werden können und die Rolle des Schulleiters darf nicht zu dominant sein.
- Die Trennung zwischen Aufsicht und Beratung bei der Schulaufsichtsbehörde ist unklar.
- Die Verfügungsgewalt der Schulkonferenz über Mittel ist sehr unklar.
- Das Quorum bei Entscheidungen der Schulkonferenz ist praktisch selten einhaltbar.
- Die Leitung von Fachkonferenzen qua Amt statt auf Wahl der Fachkonferenz.
- Schulprogramm, Qualitätssicherung und Evaluation sind in dieser Form ohne die zugehörige Rechtsverordnung nur spekulativ diskutierbar. Jede Form eines öffentlichen Ran-kings wird eindeutig abgelehnt.
- Ganztagsgrund- und Sonderschulen sind nicht im Gesetz verankert.
- Die Kooperation von Schule und Jugendhilfe wird lediglich den einzelnen Schulen überantwortet. Es fehlt die Organisation des Kooperationsprozesses zwischen dem LSA und dem Landesjugendamt.
- Sozialpädagogischen Fachkräften muss die Möglichkeit gegeben werden, Mitglied der Schulleitung zu werden.
- Es fehlt, dass die Schule einen Beitrag zur Integration und zur Vermittlung interkultureller Kompetenz als Schlüsselqualifikation für alle SchülerInnen leisten muss.
- Die GEW BERLIN kritisiert , dass Jugendlichen, die beim Zuzug älter als 16 Jahre sind, das Recht auf Schulbesuch bei nicht ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen entzogen wird.

Die GEW BERLIN hat in folgenden Punkten noch Diskussionsbedarf:

- die Zusammensetzung der Gesamtschule: nicht mehr als 40 Prozent einer Bildungsgangempfehlung,
- die frühere Schulpflicht,
- die Einführung eines Wahlpflichtangebots in den Klassen 5 und 6,
- die Einführung von verlässlichen Öffnungszeiten in allen Grundschulen,
- nach wie vor existiert kein Recht auf Unterricht nach Stundentafel,
- die Einführung eines berufsorientierten Abschlusses für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf,
- den Zweck der jährlichen Schulentwicklungsberichte der einzelnen Schule (1.000 Berichte) – Auswertung?
- Schulen sollen eigene Einnahmen erzielen können: wie?
- die erste Fremdsprache schon ab der 3. Klasse eingeführt werden soll,
- ein einheitlicher Bildungsbegriff sollte definiert werden unter Einbeziehung der frühen Kindheit (Tageseinrichtungen für Kinder).

Neuer Schulgesetzentwurf enttäuschend

Über neun Monate haben die Mitarbeiter des Senators für Schule, Jugend und Sport gebraucht, um die Ankündigung ihres Chefs in die Tat umzusetzen. Statt im Juli 2000 wurde am 19. März 2001 der Entwurf für ein neues Schulgesetz zur öffentlichen Diskussion freigegeben. Dazu der Senator in der WELT vom 31. März: „Wenn es breite Akzeptanz gibt, muss meinetwegen nicht lange darüber diskutiert werden."

In einer ersten Stellungnahme hat der Landesvorstand der GEW BERLIN festgestellt: „Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Schulwesen sowie die Lernbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in Berlin sind durch die massiven Kürzungen der letzten 10 Jahren erheblich eingeschränkt worden. Die Funktionsfähigkeit der Berliner Schule ist deswegen nach wir vor gefährdet. Die GEW BERLIN ist der Meinung, dass Veränderungen und Verbesserungen des Berliner Schulwesens zu allererst ein Wechsel in der Politik bedingen: Statt weiterer Kürzungen sind zusätzliche Investitionen notwendig.

Die Diskussion über ein neues Schulgesetz darf diese Tatsache nicht vernebeln.

Der Gesetzentwurf selbst zementiert nach Ansicht des GEW-Landesvorstands das drei- bzw. (mit der Sonderschule) viergliedrige Schulsystem. Die diesem bildungspolitischen Leitbild zu Grunde liegenden pädagogischen Gedanken sind aber nicht mehr zeitgemäß. Sie sind in einem zusammen wachsenden Europa weder kompatibel noch zukunftsträchtig. Und sie stehen im Widerspruch zu den Ergebnissen der modernen pädagogischen Wissenschaft. Im internationalen Vergleich führt das gegliederte deutsche Schulsystem nicht zu den gewünschten Ergebnissen: Es gibt zu wenig gute Abschlüsse im wissenschaftlichen, technischen, kulturellen oder politischen Bereich. Gleichzeitig verlassen viel zu viele junge Menschen ohne ausreichende Qualifizierung unsere Schulen. Der Glaube, durch möglichst leistungshomogene Lerngruppen die Qualität der schulischen Arbeit steigern zu können, wird durch die pädagogische Forschung nicht gestützt. Denn Menschen unterscheiden sich: Was für die eine Schülerin gut ist, hilft dem anderen Schüler noch lange nicht weiter. Ein Unterricht, der hier alle über einen Kamm schert, wird im Endeffekt niemanden gerecht. Mehr Individualisierung des Unterrichts ist notwendig. Das gilt für den Leistungskurs eines Gymnasiums genauso wie für eine Hauptschulklasse.

Die so genannten „begabungsgerechten Schulformen" sind eine Fiktion. Sie können nur mühsam den dahinter liegenden sozialen und ethnischen Auslesemechanismus verdecken. Gerade die TIMS-Studie und die Lernausgangsuntersuchung (LAU) in Hamburg haben überdeutlich gezeigt, dass in allen Schulformen Schülerinnen und Schüler aller kognitiven Leistungsstufen anzutreffen sind. In der Hauptschule finden sich eher schulschwache SchülerInnen ebenso wie schulleistungsstarke SchülerInnen, die auch am Gymnasium eine gute Prognose für das Abitur erhalten könnten. Deswegen hat die GEW BERLIN schon im Juni 2000 die Schulgesetz- →

Welches Los trifft Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Welches Los trifft Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf?“ fordern angesichts der massiven Probleme beim Übergang von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Oberschule:

- Das Recht auf gemeinsame Erziehung und Unterricht für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung muss in der Grundschule und in der Sekundarstufe I gleichermaßen gewährleistet sein. Wir fordern deshalb die Aufhebung des in § 10 a Schulgesetz festgeschriebenen Haushaltsvorbehaltes.
- Aktuell fordern wir die Genehmigung aller von Oberschulen beantragten Integrationsklassen.
- Für die kommenden Schuljahre ist durch Änderung der schulgesetzlichen Bestimmungen sicherzustellen, dass der Anspruch auf Fortsetzung der gemeinsamen Erziehung in der Sekundarstufe I durch die Verpflichtung aller Schulen im Sekundarbereich I, diese Aufgabe zu übernehmen, eingelöst wird.
- Angesichts leidvoller Erfahrungen in den Grundschulen fordern wir ausdrücklich die langfristige – insbesondere auch haushaltsmäßige – Absicherung einer für die Integrationsaufgabe angemessen Ausstattung der Schulen.
- Wir lehnen entschieden die Diskriminierung der gemeinsamen Erziehung und der betroffenen Schülerinnen und Schüler durch den Hinweis auf angebliche „schutzwürdige Interessen von nicht behinderten Schülerinnen und Schülern“ ab!

→ debatte mit den Eckpunkten für ein neues Schulgesetz eröffnet und darin eine Schule für alle bis zur 10. Klasse gefordert um die notwendige Individualisierung und Differenzierung für alle Schülerinnen und Schüler möglich machen zu können! Das gegliederte Schulsystem ist ein Anachronismus.

Dieser Gesetzentwurf ist aber noch in einem anderen zentralen Bereich das Ergebnis rückwärts gewandter konservativer Vorstellungen. Mit diesem Entwurfs wird Beteiligung, Mitwirkung und Partizipation abgebaut zu Gunsten der Stärkung der zentralen Hierarchien. Die „Beförderung“ der SchulleiterInnen zu Dienstvorgesetzten mit weit reichenden Aufgaben und Verantwortungen, die Konstruktion von Gremien, die in dieser Form in vielen Fällen in der Realität entscheidungsunfähig werden, hat nicht die Aktivierung aller Beteiligten vor Augen. Der Begriff Schulautonomie war in den 70-er Jahren die Forderung nach Abtrennung von einem zentralen Gängelband. Statt mit veränderten Leitungsstrukturen und einer Enthierarchisierung die Schule teamfähiger zu machen, soll jetzt die Schulleiterin in die Rolle des alleinverantwortlichen Aufsehers schlüpfen.

Der Landesvorstand hat sich intensiv mit diesem Gesetzentwurf befasst und seine Diskussionsergebnisse in einem detaillierten Beschluss zusammengefasst. Im Einzelnen gibt es Punkte im Gesetz, die begrüßt werden. Punkte, die völlig abgelehnt werden, die kritisiert werden oder bei denen noch Diskussionsbedarf besteht (siehe Kasten).

Wir wollen ein neues Schulgesetz, wir wollen eine Veränderung. Wir nehmen die Diskussion auf und fordern alle auf, sich tatkräftig einzumischen, wie dies z.B. in der Veranstaltung zum Übergang in die Oberschule für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschehen ist (siehe Kasten auf dieser Seite).

Ulrich Thöne

SPD-Bildungspar für eine Über

Die GEW BERLIN hat sich eingemischt in die Vor

Mit öffentlichen Aktionen, zahlreichen Referaten bei Diskussionsveranstaltungen der SPD und nicht zuletzt mit dem Offenen Brief wollte die GEW BERLIN Druck ausüben, um eine eindeutige Festlegung der SPD vor den Haushaltsberatungen zu erreichen. Das Ergebnis war ebenso überraschend wie eindeutig: Der Senator für Schule, Jugend und Sport, sein Staatssekretär und sogar der Parteivorsitzende der SPD unterschrieben die ausgehandelte Vereinbarung zur Sicherung der Unterrichtsqualität in den Berliner Schulen (siehe Fotos).

Die Delegierten des SPD-Parteitages legten sogar noch nach. Während in der Fassung des Landesvorstandes und der Antragsberatungskommission lediglich der Satz stand „Bildung und Wissenschaft sollen in der künftigen Finanzplanung der Stadt oberste Priorität haben.“ wurde zusätzlich aufgenommen: „Das bedeutet, dass trotz sinkender Schülerzahlen der Bildungsetat Berlins auch in Zukunft mindestens auf der Höhe des Jahres 2001 gehalten werden muss.“ Das ist angesichts der vielbeklagten allgemeinen Haushaltsmisere, angesichts der anstehenden Nachtragshaushaltsverhandlungen ein sehr weitreichender Beschluss. Während Annette Fugmann-Heesing in der Abendschau vor dem SPD-Parteitag lediglich von „Umschichtungen im Bildungshaushalt“ sprach, während Frau Dunger-Löper in der sozialdemokratischen Mitgliederzeitschrift „Vorwärts“ davon schrieb, dass die Reformen nichts kosten dürften, stehen in dem neuen Leitantrag gleich mehrere Passagen, in denen zusätzliche, über den Beschluss noch hinausgehende Mittel verlangt werden.

Auch in einer Reihe von Reizthemen hat der Parteitag anders entschieden, als dies vom Vorstand gewünscht war. In der Werteerziehung wurde das Pflichtfach Religion gekippt. Die äußere Differenzierung als verpflichtende Form in den Klassen 5/6 wurde zu Gunsten von Differenzierungsformen geändert, die die jeweiligen Grundschulen im Rahmen einer Bandbreite selbst wählen können. Die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll weiter entwickelt werden. Der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Disziplinen soll wieder mit höherer Wochenstundenzahl in allen Klassenstufen der Oberschule angeboten werden. Und zentrale Abschlussprüfungen werden von der SPD abgelehnt. Auch das von vielen „Modernisierern“ hochgehaltene Instrument auf dem Weg in die Privatisierung, nämlich die Bildungsschecks, wurde dem Landesvorstand aus dem Antrag gestrichen. Selbst bei der Zahl der Studienplätze stockten die Delegierten die ursprüngliche Zahl von 85.000 finanzierten Studienplätzen auf 100.000 finanzierter Studienplätze als Forderung auf.

In diesem Leitantrag ist allerdings auch manches enthalten, was Kopfschütteln verursacht. So sollen die LehrerInnen mit erstem und zweitem Staatsexamen motiviert werden durch die Abschaffung des Beamtenstatus. Wenige Zeilen später wird dann zur Sicherung des Berufsschulunterrichts Lehrern ohne volle

teitag – immer raschung gut!

bereitung des Bildungsparteitages der SPD.

GEW Schaad zeigt SPD-Strieder wo es lang geht: Zum Unterschreiben der Vereinbarung. Fotos: Christian v. Polentz/transit

Lehrbefähigung die Verbeamtung in Aussicht gestellt. Auch die zur Kernfrage hochstilisierte Entscheidung über die Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre bis zum Abitur zeigt große Probleme. Als Voraussetzung wird die „Beibehaltung des bisherigen inhaltlichen Angebots, die Straffung der Lehrpläne, zahlreiche Ganztagsangebote sowie die gleichzeitige Sicherung der Anschlussfähigkeit und Durchgängigkeit der verschiedenen Bildungsgänge“ genannt. Auch „die besonderen Bedingungen der Gesamtschule und der Oberstufenzentren sind zu berücksichtigen.“ Die sechsjährige Grundschule wird im Beschluss ausdrücklich bestätigt und gestärkt. Wie unter diesen Bedingungen eine generelle Schulzeitverkürzung umgesetzt werden soll, bleibt abzuwarten. Ebenfalls beibehalten wurde die Forderung, dass die LeiterInnen aller Bildungseinrichtungen künftig selbstständig über das Budget ihrer Personal- und Sachmittel entscheiden können. Wenige Absätze vorher wird die untere Schulaufsichtsbehörde als Dienststelle bestätigt. Das ist die derzeitige Verfassungslage. Was soll denn nun gelten? Kritisch anzumerken bleibt auch, dass der Parteitag zwar unter dem Namen „Bildungsparteitag“ firmierte, aber die Schulproblematik doch zu stark dominierte. Immerhin aber sollen frühkindliche Bildungsprozesse durch unbürokratischen Zugang zu den Kitas gefördert und durch konsequente Senkung der Kostenbeteiligung soll der Besuch der Kitas erleichtert und verstärkt werden. Dies sind Schritte in eine richtige Richtung, die die GEW BERLIN begrüßt – diesen Worten müssen jetzt aber auch Taten folgen. Das geplante Kitaanmeldeverfahren, das seit einem Jahr heftig umstritten ist, ist entsprechend zu ändern und die Senkung der Kita-Kostenbeteiligung sollte schnell auf den Weg gebracht werden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Saarland. Dort ist das letzte Kita-Jahr vor dem Schuleintritt für alle kostenfrei; für die Jahrgänge darunter wird die Kostenfreiheit in einem Stufenplan bis zum Jahr 2004 umgesetzt.

GEW-Aktion auf dem SPD-Parteitag: Die Führung legt sich öffentlich für die Haushaltsberatungen fest und unterschreibt die mit der GEW ausgehandelten Vereinbarungen. Von oben nach unten: Strieder, Härtel und Böger.

Dieser SPD-Parteitag stand trotz der zeitlichen Entfernung noch deutlich unter dem Eindruck der öffentlichen Aktionen des letzten Jahres. Dies findet sich in den Beschlüssen wieder. Wie viel diese Beschlüsse tatsächlich wert sind, wird sich allerdings erst in den Beratungen über einen Nachtragshaushalt zeigen. Die Lage ist äußerst angespannt. Das finanzielle Loch ohne die zusätzliche Milliardenlücke durch die Bankgesellschaft war ohnehin schon groß genug. Dennoch: Die SPD und ihre Verantwortlichen in Berlin haben sich festgelegt. Wir werden sie tatkräftig unterstützen, damit die finanziellen Rahmenbedingungen für die Bildung in Berlin nun auftragsgemäß verläßlich abgesichert und ausgebaut werden.

Ulrich Thöne

Foto: Michael Seifert

Hauptschule lebendig halten

Die Attraktivität einer Schule beginnt dort, wo eine Schule bewusst von den Eltern gewählt wird.

Die Hauptschule bzw. der entsprechende Bildungsgang in der Gesamtschule haben ein Problem: Sie schaffen es nicht, einen großen Teil ihrer SchülerInnen ins Ausbildungs- und/ oder Beschäftigungssystem überzuleiten.

- Sie entlassen einen zu hohen Prozentsatz SchülerInnen ohne Abschluss – die Zahl schwankt zwischen 11 und 14 Prozent.
- Die Qualität vieler Abschlüsse ist nicht ausreichend für den Übergang in den Beruf.
- Schulverweigerung, Drogen und Gewalt werden zu zentralen Themen der täglichen Arbeit.

Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, ob die SchülerInnen durch den Besuch hauptschulqualifizierender Bildungsgänge benachteiligt sind. Die Bundesfachgruppe Hauptschule der GEW beantwortet dies mit einem eindeutigen Ja.

Konsequenzen

Der Bundesfachgruppenausschuss stellt neben anderen Punkten Folgendes fest: Angesichts einer zunehmend größer werdenden Zahl von Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss, einer Abbrecherquote von 25 Prozent in der Berufsausbildung und 12 Prozent aller Jugendlichen ohne Berufsabschluss kann sich unsere Gesellschaft diese Hauptschule eigentlich nicht mehr leisten.

Der Bundesfachgruppenausschuss fordert daher eine andere Hauptschule, die sich sowohl inhaltlich als auch organisatorisch von der bisherigen Hauptschule unterscheidet.

Er sieht in der Auflösung der Hauptschule und der Integration ihrer SchülerInnen in eine andere Schulart Chancen. Er bezweifelt aber, dass damit allein die Probleme ihrer Klientel gelöst werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass diese lediglich in die integrierende Schulart verlagert werden.

Eine andere „Haupt"-schule

Für eine andere „Hauptschule" orientiert sich die Bundesfachgruppe an folgenden allgemeinen Grundsätzen: Eine Hauptschule sollte den Namen „Qualifikationsschule" tragen. Die Qualifikationsschule wäre hinsichtlich ihrer Abschlüsse und Inhalte nur noch bedingt ein integrativer Bestandteil des gegliederten Schulsystems. Ziel der Qualifikationsschule ist nicht der klassische Hauptschulabschluss, sondern der Erwerb möglichst vieler Qualifikationen. Der Bundesfachgruppenausschuss nimmt in Kauf, dass jeder Schüler und jede Schülerin seinen bzw. ihren individuellen Abschluss erwirbt. Die Abschlüsse müssen weder untereinander und erst recht nicht mit denen der anderen Schularten vergleichbar sein.

Die Qualifikationsschule ist eine Angebotsschule für alle. Sie muss einerseits den Neigungen und Interessen ihrer Schülerschaft gerecht werden, andererseits aber auch die Möglichkeit anbieten, dass sich die Schülerinnen und Schüler an den Anforderungen ihrer potenziellen Abnehmer orientieren können.

Die Qualifikationsschule bereitet ihre Schülerinnen und Schüler darauf vor, flexibel auf zukünftige Anforderungen in Beruf und Freizeit und Zeiten von Erwerbslosigkeit reagieren zu können und vermittelt dazu notwendige Schlüsselqualifikationen. In der Qualifikationsschule arbeiten LehrerInnen, Fachkräfte für bestimmte Qualifikationen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zusammen.

Denkmodell

Nach Ansicht der Bundesfachgruppe beginnt die Attraktivität einer Schule dort, wo eine Schule von Eltern bewusst gewählt wird. Zur Wahlschule kann eine Schule aber erst dann werden, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert wird, wenn Eltern im Programm oder Angebot Vorteile und eine gute Qualität für ihr spezielles Kind erkennen und die Schule eine Zukunftsperspektive bietet. Für diese Art von Schule heißt das: Kinder müssen mit ihren Begabungen, aber auch allen Problemen und Schwierigkeiten angenommen werden. Die Schule muss ihr Bildungsprogramm an ihnen ausrichten, um eine optimale Förderung zu erzielen.

Überlegungen und Vorstellungen einer grundsätzlichen Änderung der Strukturen und des Status der Hauptschule müssen Bewährtes berücksichtigen. Dazu gehören neben Überschaubarkeit der Strukturen eindeutige Beziehungen, potenzielle Gestaltungsräume und geringe Relevanz von Lehrplänen. Die Erfahrungen mit erfolgreichen Innovationen (Werkstatttage, Technikkonzepte, Integration von Haupt- und Realschule, Kooperationen im und mit dem Stadtteil) und didaktisch-methodische Weiterentwicklungen (Handlungsorientierung, Praktisches Lernen), der Stadt als Schule und der Produktionsschule sollten einbezogen bzw. berücksichtigt werden.

Zielsetzung und Eckpunkte

Aus Sicht der Bundesfachgruppe sind strukturelle Veränderungen hauptschulqualifizierender Bildungsgänge notwendig, um einen Rahmen anzubieten, der Folgendes ermöglicht:

- eine flexible Unterrichtsgestaltung;
- standortspezifische Lösungen;
- organisatorische Freiheiten (Zusammensetzung der Lerngruppen; Stundentakt; Stundentafel; Ressourceneinsatz etc.)
- Differenzierungsformen nach Lage der Dinge, um damit gemeinsames und individuelles Lernen zu ermöglichen;
- konkurrenzfähige Bildungsangebote;
- die Berücksichtigung der individuellen Interessen der Jugendlichen.

Eine solche Schule könnte sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Eine Schule, die bewusst gewählt wird
- Inhaltliche Schwerpunktsetzungen
- Qualifizierung (Modularisierung und Zertifizierung) statt Abschlussorientierung
- Kerncurriculum für Deutsch/ DaZ/Mathematik/Fremdsprache/Muttersprache und Wahlkurssysteme
- Zusammenarbeit von Fachleuten unterschiedlichster Professionen
- Autonomie (von der Budgetierung bis zur Personalhoheit)

Kay Stöck

Der Artikel ist von uns gekürzt worden. Er ist zuerst in der Zeitschrift der GEW HAMBURG erschienen.

Schafft die Schulbücher ab!

Jahrgangsübergreifende Lerngruppen als radikalpädagogische Alternative zur Fachleistungsdifferenzierung.

Ulrike Kegler, Schulleiterin der Montessori-Gesamtschule in Potsdam, findet klare Worte als Hauptreferentin der dritten Fachtagung JÜL (Jahrgangsübergreifende Lerngruppen). Sie fordert die Abschaffung der Schulbücher, die immer noch als Klassensatz angeschafft werden und das Lernen im Gleichschritt propagieren und damit die Fiktion von der Homogenität einer Jahrgangsklasse aufrecht erhalten.

Acht Schulversuche in Berlin

Im Schulversuch JÜL dagegen, an dem acht Berliner Grundschulen seit dem Schuljahr 1999/2000 teilnehmen, setzt man bewusst auf Heterogenität und entwickelt methodisch-didaktische Kompetenz, wie sie für Lernprozesse produktiv gemacht werden kann. Die TeilnehmerInnen der von der GEW BERLIN organisierten JÜL-Tagung repräsentierten in ihrer Zusammensetzung eine typische jahrgangsgemischte, heterogene Lerngruppe: Ein Drittel der teilnehmenden LehrerInnen unterrichteten bereits in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen, ein weiteres Drittel hatte Vorkenntnisse aus Hospitationen oder Studientagen, ein Drittel waren Neueinsteiger.

In Berlin ist es im Gegensatz zu Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen schulrechtlich nicht möglich, außerhalb des Schulversuchs eine Schule jahrgangsübergreifend zu organisieren. Umso bedeutsamer ist das regelmäßig große Interesse der Berliner LehrerInnen an der jährlich stattfindenden Tagung. Themen, die sich in JÜL in besonderer Weise stellen und Workshopangebote auf der Tagung waren, sind generell relevant für die Berliner Grundschulen:

- Lernprozesse beobachten, begleiten und dokumentieren
- Leistungsstarke und hoch begabte Kinder in der Grundschule
- Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen
- Mädchen sind besser – Jungen auch /Geschlechterrollen im Unterricht
- Jahrgangsübergreifendes Lernen als Alternative zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung
- Jahrgangsübergreifendes Lernen als Chance für bilinguale Erziehung

Eingangs betonte Erhard Laube für die GEW BERLIN die Bedeutung von JÜL als radikalpädagogische Alternative zur Diskussion um Fachleistungsdifferenzierung und Selektion. Mascha Kleinschmidt-Bräutigam sprach für das LISUM die einleitenden Worte: Ausgehend von einer sich wandelnden Lernkultur müsse über eine Veränderung der Leistungsbewertung nachgedacht werden. Leistungs- und Lernentwicklung sei ein Prozess, der auch so begleitet und dokumentiert werden sollte. In die Beurteilung sollten die Einschätzungen der SchülerInnen in Bezug auf ihre eigene Lern- und Leistungsentwicklung mit einfließen.

Silvia Wagner-Welz von der Senatsschulverwaltung hat von dem in den Ruhestand getretenen Oberschulrat Dieter Sommerlatte die Verantwortung für den Schulversuch JÜL übernommen. In ihrem Grußwort betonte sie die besonderen Bedingungen des Schulversuchs, aber auch die Bedeutung der Ergebnisse für die Entwicklung der zurzeit diskutierten Schulanfangsphase.

Rosemarie Stetten

Schulversuch JÜL

Der Schulversuch JÜL wurde von der GEW BERLIN initiiert. In der Planungsphase wurde er insbesondere vom damaligen Berliner GEW-Vorsitzenden Erhard Laube, von Oberschulrat Dieter Sommerlatte aus der Senatsschulverwaltung und von Prof. Jörg Ramseger von der Hochschule der Künste konzipiert. Mit Unterstützung von Schulsenatorin Ingrid Stahmer schrieb die GEW BERLIN im Frühjahr 1999 den Schulversuch aus. Zurzeit nehmen acht Schulen teil. Schulen, die sich an diesem Schulversuch beteiligen wollen, sollten sich bei der GEW BERLIN (Sabine Dübbers, 21999357) melden, damit Initiativen zur Ausweitung dieses Reformansatzes gestartet werden können. *el*

Anzeige

Auch SeniorInnen brauchen GEWerkschaften!

In den Gruppen der Bezirke führen wir uns bei den interessanten Veranstaltungen wohl und in der Gemeinschaft Gleichgesinnter geborgen. Wir tragen unsere Erlebnisse aus der Bezirksarbeit im Landesseniorenausschuss zusammen, tauschen Erfahrungen aus und nehmen Einfluss auf die Arbeit der GEW in Berlin und in Frankfurt. Außerdem organisieren wir überbezirkliche Veranstaltungen, zum Beispiel Seminare zur Schulpolitik des Senats, zur Renten- und Versorgungsproblematik, zum Rechtsextremismus und zu Alltagsfragen Älterer.

Wir waren bei allen Demos, bei der Belagerung des Landesschulamtes, beim Streik dabei und üben so aktive Solidarität mit den tätigen KollegInnen. In den Bezirksleitungen – viele von uns sind gewählte Mitglieder – bringen wir unsere Erfahrungen ein und unterstützen die Arbeit dort.

Nicht zuletzt kümmern wir uns aber um unsere eigenen Probleme und die der nachfolgenden KollegInnen: Rente, Versorgung und Pensionen. So wurde auf unsere Initiative hin der geschäftsführende Vorstand des Hauptvorstandes der GEW-Bund veranlasst, zum Entwurf des Rentenreformgesetzes und zur Umsetzung des Urteils von Karlsruhe tätig zu werden.

Wir begrüßen sehr, dass der Hauptvorstand ein Papier zur „Zukunft der Seniorenarbeit“ entwickelt hat, denn wir brauchen jeden Senior: „Bei uns hat die GEW ein Zuhause!“

Gerda Albinus
2. Vorsitzende des Landesseniorenausschusses

Warming-up am OSZ-Verkehr

Wie gewinnen wir neue Kolleginnen und Kollegen für unsere Gewerkschaft?

Nicht nur in den Bundes- und Landesvorstandssitzungen, sondern auch in unserer Betriebsgruppensitzung am OSZ-Verkehr in Berlin-Tempelhof stand und steht diese Frage auf der Tagesordnung. Auch wenn uns die ersten Ruheständler bereits verlassen haben, so sind von den 145 DienstleisterInnen an unserer Schule immerhin noch 90 KollegInnen gewerkschaftlich organisiert. Wenn wir diesen Organisationsgrad von 65 Prozent auch künftig halten wollen, dürfen wir den Gewerkschaftsbeitritt nicht allein dem Kollegen Zufall überlassen.
Leitung und aktive Basis waren sich schnell einig, dass Kaffeemühlen und Skate-Scooter als individuelle Werbeprämien durch kollektive Maßnahmen ergänzt werden müssen. Unstrittig war auch, dass der Besuch einer traditionellen Betriebsgruppensitzung allein noch kein Garant für das Überschreiten einer gewerkschaftsfernen Hemmschwelle ist.
Aus diesen Überlegungen wurde der Warming-up-Termin geboren. Ohne Tagesordnung und mit ausdrücklichem Verzicht auf einen zusätzlichen Abendtermin wurde von der Betriebsgruppenleitung nach einer Gesamtkonferenz zu einem warming-up eingeladen. Ein kleineres LehrerInnenzimmer wurde leicht festlich hergerichtet. Kleine Sättigungsbeilagen, Sekt und Selters hatte die Fachgruppenkasse finanziert. Und das nun schon zum wiederholten Mal. Etwa dreißig Kolleginnen und Kollegen lernten sich ohne Rednerliste kennen. Die Funktionäre vor Ort zählten fünf Neuzugänge und freuten sich. Zwei Kollegen haben sich sogar ausdrücklich für diese zwanglose Gesprächsrunde bedankt. So hätten sie die Gewerkschaft bisher noch nicht kennen gelernt. Weiter warming-ups werden folgen.

Joachim Dillinger

Apropos Werbung!

Ehrgeizige Ziele haben sich viele GEW-Landesverbände in der Mitgliederwerbung gesteckt – auch BERLIN: 420 Neueintritte von Oktober 2000 bis Februar 2001. Eine erfreuliche Bilanz!
Und die traurige Bilanz: 127 Austritte von Kolleginnen und Kollegen, die ihren aktiven Dienst beendet haben. Diese KollegInnen scheinen zu glauben, dass die Gewerkschaft sie nicht mehr braucht oder keinen Wert mehr auf sie legt. Das ist aber falsch!
Je größer die Anzahl der Mitglieder, desto stärker ist die Position der Gewerkschaft. Deshalb meine Bitte: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn ihr in Pension oder Rente geht, dreht der GEW nicht den Rücken zu. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Deutschland zur Zeit bei über 77 Jahren. Was für eine Chance für die RuheständlerInnen die gewonnene Zeit in Kommunikation mit Gleichgesinnten zu gestalten!
In den letzen Jahren hat sich die Arbeit des Seniorenausschusses stetig weiter entwickelt. Ich kann sagen, sie ist ein fester Bestandteil innerhalb der GEW geworden. Das gilt nicht nur für Berlin, sondern auch für den Bundesseniorenausschuss(BSA) der „Richtlinien für die Seniorenarbeit“ erarbeitet hat, die vom Hauptvorstand mit Zustimmung aufgenommen wurden. Auch ist es dem BSA gelungen, die Redaktion von „Erziehung und Wissenschaft“ davon zu überzeugen, eine spezielle Zeitschrift für Alter und Ruhestand herauszugeben. Sie erscheint seit einiger Zeit, heißt DIALOG und hat ein sehr positives Echo erhalten.
Das Bestreben des Berliner Seniorenausschusses ist es, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen anzusprechen und ein Netzwerk von Kontakten über alle Bezirke aufbauen. Etliche Bezirke laden zu interessanten Veranstaltungen ein. Es lohnt sich, unseren Veranstaltungskalender auf der letzten Seite der blz zu lesen! Alle Seniorinnen und Senioren, auch die es bald werden, sind herzlich willkommen.

Sigrid Gärtner

Als Ansprechpartner sind sehr gerne tätig:
Sigrid Gärtner, 1. Vorsitzende des LSA, Tel. 851 97 18
Gerda Albinus, 2. Vorsitzende des LSA, Tel. 29 00 02 82
Werner Gollmer, Leiter der Renten AG, Tel. 561 89 27

Wissen ist Macht

BerlinStudie legt Finger in die Wunde

Uns geht's doch gold. Kaum werden die offiziellen (und weiter steigenden) Arbeitslosenzahlen veröffentlicht, kontert der Wirtschaftssenator reflexartig mit der Prophezeiung von „20.000 zusätzlichen Jobs" in 2001; die Arbeitssenatorin kann auch in der negativsten Arbeitsmarktbilanz noch einen Hoffnungsschimmer erkennen; und der Regierende Bürgermeister schließlich ließ sich im Februar dazu hinreißen, alle Wirtschaftssignale auf grün zu setzen: „Die Wirtschaft wächst, die Steuerkraft steigt, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig" (sagte er auf dem Handelsblatt-Standortforum). Also alles in Butter?
Die Kassandra-Rufe von Bundestagspräsident Thierse („Ostdeutschland steht auf der Kippe") finden auch Widerhall in Berlin. Seit zehn Jahren versucht sich die Stadt am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen und merkt nicht, dass die „Platte" kahl ist; das Tafelsilber wurde verscherbelt und die BEWAG ist leider kein „nachwachsender Rohstoff". Die Schuldenlast bleibt erdrückend hoch.

Während die Kommunen und Länder zwischen 1996 und 1999 ihre Ausgaben um rund zehn Prozent erhöhten, hat Berlin sie um durchschnittlich fünf Prozent gesenkt. Doch sinkende öffentliche Investitionen führen auch zur Arbeitsplatzvernichtung und gefährden vor allem mittelständische Betriebe. Trotz des gigantischen Vereinigungsbooms konnte Berlin davon nicht profitieren: seine Wachstumsschwäche bleibt eindeutig. Die Industrie blutete aus; selbst Bremen hat dreimal so viele Industriearbeitsplätze auf 1000 Einwohner wie Berlin. Aber ohne Industrie kein wegweisender Dienstleistungssektor, auf den die Hauptstadt unverdrossen setzt. Die Arbeitslosigkeit liegt fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Wo kommen neue Ideen her, um ein Leitbild für die Zukunft Berlins zu formulieren? Der Erwartungsdruck ist groß, den die jetzt vorgestellte BerlinStudie des Senats unter dem Titel „Strategien für die Stadt" auslöste. Eine hochkarätige Denkfabrik hat vor- und nachgedacht, wohin die Hauptstadt sich orientieren sollte, nämlich als Wissensmetropole und „zivilgesellschaftlich verfasste Stadt". In einem Blick in die Zukunft, der quasi als Ansporn dienen könnte, heißt es im Vorwort:
Im Jahre 2016 habe die UNO Berlin zur „Welthauptstadt des Wissens" erkoren; denn die alte Industriemetropole habe es geschafft, zum weltweit ausstrahlenden Mekka der Wissenschaften, zur Modellregion für Urbanisten aller Kontinente, zum Kultort der künstlerischen und kulturellen Eliten zu werden.

Soweit zum Wunschdenken.

Die BerlinStudie bringt die politisch Verantwortlichen jedoch schnell auf den Boden der Tatsachen zurück: Die auch von der SPD vielgepriesene „Stadt des Wissens" (allein zwischen 1996 und 1999 wurden rd. 600 Millionen Mark im Berliner Bildungsetat gestrichen) liegt noch in weiter Ferne. Die mehrmals angekündigte Bildungsoffensive müsse nachgeholt werden, fordern die Autoren. Berlin müsse massiv investieren in Schulen, berufliche Bildung, Hochschulen, Forschung und Kultur. Das trage auch bei zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

DIE VIELGEPRIESENE „STADT DES WISSENS" LIEGT NOCH IN WEITER FERNE.

Die vom DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg angeprangerte „Innovationsmüdigkeit" der Wirtschaft sowie die fehlenden Initiativen zur Weiterbildung für Arbeitnehmer bestätigt die Studie eindringlich: die lokale Industrie bleibe bei Innovationen und neuen Technologien hinter der Entwicklung anderer Stadtregionen zurück; die Zukunftsbranchen seien schwach besetzt; bei wissensintensiven Dienstleistungen hinke die Stadt hinter den dynamischeren Wirtschaftsregionen hinterher; all dies wirkt eher beschäftigungshemmend!

Wenn der Senat jetzt noch den Dreisprung hinbekommt und einen Zusammenhang zwischen Bildungsoffensive, Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt und Dienstleistungssektor ermittelt, dürfte dem Aufschwung nichts im Wege stehen. Vorausgesetzt, die BerlinStudie verstaubt nicht zwischen den anderen Hauptstadt- und Metropolenstudien, die sich über die Jahre hier ablagerten. Berlin müsse sich, so die Studie unverblümt, „von einer eher lethargischen Versorgungsstadt zu einer verantwortungsvollen Initiativenstadt" entwickeln. Denn Fehlsteuerung, und Unwirksamkeit staatlicher Politik seien hier besonders ausgeprägt.

Dieter Pienkny
DGB Berlin-Brandenburg

Anzeige

Für alle Fälle

Wann bekomme ich Sonderurlaub? Wer hat in der Gesamtkonferenz Stimmrecht? Kann ich mich gegen eine Umsetzung wehren? Wer genehmigt meine Klassenfahrt? Antwort auf Ihre Fragen erhalten Sie in der Loseblattsammlung Berliner Recht für Schule und Lehrer: schnell und unkompliziert. Die Sammlung wird durch jährlich zwei Ergänzungslieferungen auf aktuellem Stand gehalten. Für alle Fälle.

110,– DM*
(für Nichtmitglieder: 130,– DM*)
*Bei Zusendung zusätzlich 15,– DM Versandkosten

GEWIVA, Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Tel: 21 99 93-62

Foto: MEV

Rückwirkende G

Gerechter Ausgleich oder ein unverdienter

Mit zwei Artikeln: „Verbeamtung mit Bonus“ und „Öffentliche gebeten“ stiftete der Tagesspiegel viel Verwirrung Hier setzt sich die Leiterin des Referates Angestellten- und Bea mit der Berichterstattung ausein

Ob Lehrkräfte in der Berliner Schule verbeamtet werden sollen oder nicht, kann man als politische Geschmacksfrage behandeln.
Die Verwaltung kann dies jedoch nicht, diese ist – so schreibt es das Grundgesetz der Bundesrepublik vor – an Recht und Gesetz gebunden. Recht und Gesetz sind in der Frage der Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin normiert im Grundgesetz und im Landesbeamtengesetz Berlin.
Im Grundgesetz ist in Artikel 33 Abs. 5 normiert, dass hoheitliche Aufgaben Beamtinnen und Beamten zu übertragen sind. Im § 6 des Landesbeamtengesetzes heißt es wörtlich: „Zur Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse gehört auch die Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen und die Lehr- und Forschungstätigkeit an öffentlichen Hochschulen.“
Solange beide Rechtsnormen bestehen, hat die Verwaltung im Grundsatz keine Wahl, ob sie Lehrkräfte als Angestellte oder Beamte beschäftigt. Der Angestelltenstatus ist auf Ausnahmen beschränkt, in der Regel sind Lehrkräfte zu verbeamten – auch, wenn man dies politisch gerne anders sähe.

Nichtverbeamtung ist zur Zeit rechtswidrig

Der Gesetzgeber im Bund und in den Bundesländern hat bisher keine Anstalten gemacht, das Grundgesetz im Artikel 33 oder die entsprechenden Regelungen im Bundesbeamtengesetz bzw. dem Landesbeamtengesetz zu ändern.
Der Beschluss eines Senats, Lehrer nicht mehr zu verbeamten, ist somit vermutlich verfassungswidrig, mindestens jedoch rechtswidrig.

Keine Verbeamtung mit Bonus, sondern Rückerstattung von zu Unrecht entrichteter Beiträge

Vor den Verwaltungsgerichten war eine Vielzahl von Klagen von angestellten Lehrkräften, denen die Verbeamtung unter Berufung auf den Senatsbeschluss verweigert worden war, anhängig. Es war absehbar, dass in kurzer Zeit die Verwaltungsgerichte auf die unbestreitbare Rechtslage hingewiesen hätten und die Verbeamtungen im Land Berlin durch Gerichtsbeschluss wieder hätten durchgeführt werden müssen. In sofern war die Entscheidung, die Verbeamtung von Lehrkräften wieder aufzunehmen, rechtlich und politisch zwingend und vernünftig.

Bundesgesetze kann Berlin nicht allein ändern

Die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten ist in einem Bundesgesetz geregelt, das der Berliner Gesetzgeber nicht ändern kann. Der Bundesgesetzgeber hat im Paragraph 10 geregelt, dass „auch Zeiten einer hauptberuflich in der Regel einem Beamten obliegenden oder später einem Beamten übertragenen entgeltlichen Beschäftigung“ ruhegehaltsfähig sein sollen.
In anderen Bundesländern haben Lehrkräfte, die im Angestelltenstatus eingestellt wurden, von vornherein eine so genannte Gewährleistung erhalten. Dadurch wurde sowohl der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin als auch der Arbeitgeber von der Rentenversicherungspflicht befreit. Diese Gewährleistungen wurden im Land Berlin auf der Grundlage eines rechtswidrigen Senatsbeschlusses nicht mehr ausgesprochen. Allerdings regelt das Sozialgesetzbuch IV auch den Fall einer späteren Verbeamtung, wenn eine gleichzeitige Gewährleistung nicht ausgesprochen wurde. Im Paragraph 26 wird unter der Überschrift „Beanstandung und Erstattung zu unrecht entrichteter Beiträge“ geregelt:
„(2) Zu unrecht entrichtete Beiträge sind zu erstatten, es sei denn, dass der Versicherungsträger bis zur Geltendmachung des Erstattungsanspruchs auf der Grundlage dieser Beiträge oder für den Zeitraum, für den die Beiträge zu unrecht entrichtet worden sind. Leistungen erbracht hat.“ und: „(3) Der Erstattungsanspruch steht dem zu, der die Beiträge getragen hat.“

Es handelt sich also nicht, wie die Überschrift im Tagesspiegel am 1. März suggeriert, um eine Verbeamtung mit Bonus, sondern lediglich um die Rückerstattung zu unrecht entrichteter Beiträge. Ein Bonus kann es schon deshalb nicht sein, weil diese Beiträge von den Lehrkräften und vom Land Berlin an die BfA abgeführt worden sind.
Bis hier hin kann man durchaus und zu Recht der Meinung sein, der Gesetzgeber in Berlin bzw. der Senat in Berlin taumele in der Frage, ob er Lehrkräfte verbeamtet oder nicht verbeamtet, eher bewusstlos herum. Dies ändert aber nichts an der Rechtslage und an der Einschätzung der jetzt erfolgten Maßnahmen durch das Land Berlin.
Hätte das Land Berlin nach erfolgter Verbeamtung die Ren-

ewährleistung

Bonus für Beamte?

Hand wird zwei Mal zur Kasse bei den Betroffenen.
mtenpolitik, Ilse Schaad, kritisch ander.

tenversicherungsbeiträge, die sie für die angestellten Lehrkräfte in den letzten 5, 6, 7 bis 10 Jahren gezahlt hat, nicht zurückgeholt, dann und nur dann wäre der Vorwurf berechtigt, die öffentliche Hand würde zwei Mal zur Kasse gebeten. Gerade dadurch, dass das Land Berlin diese zu unrecht bezahlten Rentenversicherungsbeiträge zurückholt, wird die doppelte Zahlung auf die Einmalzahlung reduziert.

Unseriöse Neiddiskussion

Die Neiddiskussion über die Altersversorgungssysteme zwischen Beamtinnen und Beamten auf der einen und Angestellten auf der anderen Seite zu schüren, ist ein billiges Geschäft. Die seriöse Beschäftigung sowohl mit den vorliegenden Gutachten als auch mit den Finanzierungssystemen für die beiden Alterssicherungssysteme würde jedoch zu Tage fördern, dass die Unterschiede, die hier behauptet werden, nicht bestehen.

Gerne wird in Bezug auf die Altersversorgung von Beamtinnen und Beamten darüber hinweg gesehen, dass die Bruttoeinkommen von Beamtinnen und Beamten von Anfang an um 7 Prozent abgesenkt wurden und zurzeit über 15 Jahre hinweg die Einkommen um 0,2 Prozent gekürzt werden, so dass im Ergebnis eine 10 Prozentige Reduzierung der Bruttobezahlung erzielt sein wird. Dies entspricht, wie man unschwer feststellen kann, etwa dem Arbeitnehmeranteil an die BfA.

Der Tagesspiegel verkauft sich mit der Unterzeile, dass er den Sachen auf den Grund gehen will. In dieser Angelegenheit wurde der Sache nicht auf den Grund gegangen, sondern der Sachverhalt für eine billige Polemik genutzt.

Ilse Schaad
ist Leiterin des Referates A

Mehr Geld

Besoldungs- und Versorgungsanpassung beschlossen

Am 30. März hat das im Bundestag verabschiedete Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern auch den Bundesrat passiert. Gegenüber der bereits praktizierten Vorgriffsregelung nach dem Gesetzentwurf vom November 2000 weicht das Gesetz in zwei Punkten ab:

1. Der Familienzuschlag der Stufe 1 wird nicht „eingefroren“, sondern ebenfalls angepasst.

2. Die Einmalzahlung von bis zu 400 DM für die Monate September bis Dezember 2000 erhalten nicht nur BeamtInnen der Besoldungsgruppen A 1 bis A 9, sondern auch BeamtInnen der Besoldungsgruppen A 10 und A 11.

Im Übrigen beinhaltet das Gesetz entsprechend dem Entwurf folgende Regelungen:

- Die Dienst-, Anwärter- und Versorgungsbezüge werden ab 1. Januar 2001 grundsätzlich um 1,8 Prozent und ab 1. Januar 2002 um weitere 2,2 Prozent erhöht. Die Minderanpassung gegenüber dem Tarifabschluss 2000 um jeweils 0,2 Prozent dienen als Versorgungsrücklage.
- Der Bemessungssatz für die Bezüge in den neuen Bundesländern wird angehoben,
  vom 1. August 2000 an auf 87,0 Prozent,
  vom 1. Januar 2001 an auf 88,5 Prozent,
  vom 1. Januar 2002 an auf 90,0 Prozent des Westniveaus.
- Die Sonderzuwendung bleibt auf dem Stand des Jahres 1993 „eingefroren“ und beträgt damit im Jahr 2001 88,21 Prozent (West) bzw. 66,16 Prozent (Ost) der Dezemberbezüge

Katja Metzig

Anzeige

Achtung! Rückzahlung der Rentenversicherungsbeiträge für den Zeitraum ab Einstellung bzw. ab 03.10.1990 bis zur Ernennung als Beamter auf Probe!

Lehrer erhalten Pensionsansprüche und dazu bis zu 50.000 DM und mehr!

Sichern Sie sich Ihre Ansprüche aus der „Rückwirkenden Gewährleistung“!

Verdoppeln Sie Ihre Rückzahlung steuerfrei in nur 12 Jahren durch den Rendite-Depotplan z.B. 30.000 DM nach 12 Jahren steuerfrei ca. 66.600 DM mit Überschüssen* oder lebenslange Rente

* die Höhe der künftigen Renten lässt sich nur unverbindlich darstellen.

„Was ich hab', das hab' ich, was aus den Renten wird, weiß sowieso keiner...“

„Rückwirkende Gewährleistungen“

Wir informieren Sie und helfen Ihnen gern: Beauftragte für den öffentlichen Dienst:

Burkhard Stroyny
Barther Str. 1
13051 Berlin
Tel./Fax: 030/9 27 61 39

Hans-Jochen Schulze
Grumsiner Str. 34
12679 Berlin
Tel./Fax: 030/9 31 45 73

DBV-winterthur BSW

Öffentliche Armut

Hier und da bröckelt Putz von den Wänden, Spinnweben und Staubwolken überall, Dübellöcher – manchmal größer, manchmal kleiner – , dicke Ränder von Schränken, Bildern und Postern – alles getaucht in ein unappetitliches Grau mit schwarzen Flecken. 15, 20 oder gar 25 Jahre – die Schätzungen variieren erheblich – haben diese Räume keine Farbe mehr gesehen.

Wir sind in den neuen Räumen des Personalrats der Lehrerinnen und Lehrer in der Seestraße 49, Region Mitte. Wir könnten aber auch, so ist zu befürchten, in irgendwelchen anderen Amtsräumen in Berlin sein. Einige Kollegen und Kolleginnen haben in den privaten Geldbeutel gegriffen, Farbe und Pinsel gekauft und stellen sich auf eigenes Risiko – Unfallgefahr – auf die Leiter und malern. Lobenswert – weiß man doch, dass eine freundliche, angenehme Umgebung die Arbeitsfreude steigert und den Besuchern einen positiven ersten Eindruck vermittelt.

Doch eigentlich ist das erbärmlich. Mit der allzu bekannten Begründung „Kein Geld“ wurde uns seitens des Bezirksamts achselzuckend klar gemacht, es gebe weder Geld für Farbe noch eine Firma, die die Wände streichen werde.

Gewiss ist dies angesichts einer katastrophalen Ausstattung im Justizbereich, maroder Schulen und Turnhallen nur ein vergleichsweise unbedeutendes Beispiel für öffentliche Armut in einem verdammt reichen Land. Es ist aber auch eine Beleidigung für die in diesen Räumen – im öffentlichen Auftrag wohlgemerkt – Tätigen, denen letztlich gesagt wird: Mach's doch selber oder arbeite halt in diesem Dreckloch. Gre(ä)ulich.

Angelika Reker
für den Personalrat LSA- Region Mitte

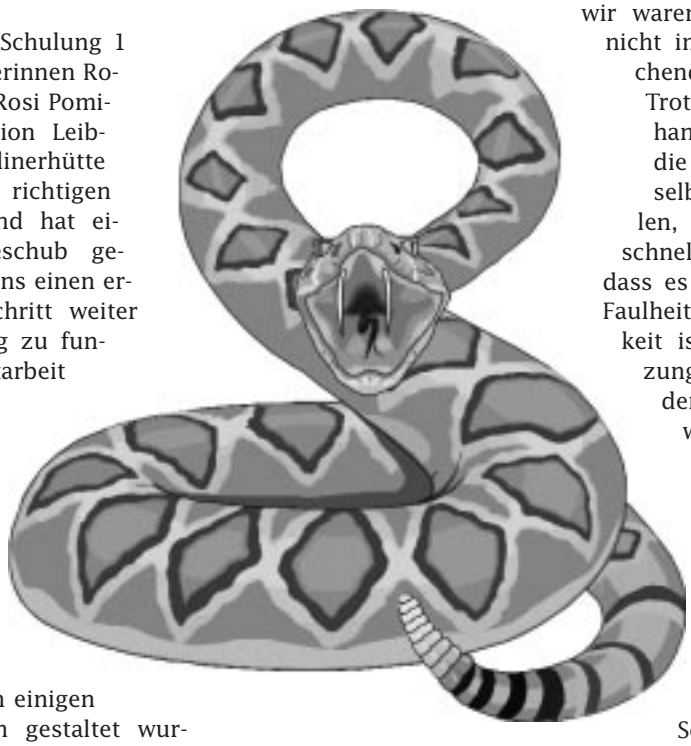
Wehe, wenn Frau Viper kommt!

Eindrücke aus der Schulung für Personalräte

Seit einigen Wochen sitzen wir als neu gewählte VertreterInnen in den Personalräten der Berliner Bezirke und stehen alle vor dem gleichen Problem: Wir müssen in die Geheimnisse der Personalratsarbeit eindringen, unsere Arbeitsgebiete finden und uns darin einarbeiten, die Strukturen und Arbeitsweisen der einzelnen Personalräte kennen lernen, vielleicht auch die frustrierende Erfahrung machen, dass wir uns als Neulinge manchmal überflüssig fühlen, weil die Arbeit von den erfahrenen Kollegen übernommen wird.

Es ist kein Zeichen von Faulheit, Unterstützung zu holen.

Da kam die Schulung 1 mit den Leiterinnen Rosi Seggelke, Rosi Pomian und Marion Leibnitz in Zechlinerhütte genau zum richtigen Zeitpunkt und hat einen Energieschub gebracht und uns einen erheblichen Schritt weiter auf dem Weg zu fundierter Mitarbeit im PR.



Die kleinen sportlichen Einlagen vor dem morgendlichen Arbeitsbeginn, die von einigen Sportkollegen gestaltet wurden, machten Spaß, taten uns sehr gut und ließen uns das lange Sitzen besser aushalten.

Am ersten Tag simulierten wir zwei Wochen Personalratsarbeit. Der Vormittag sollte die erste, der Nachmittag die zweite Woche sein. Am Abend waren wir alle ziemlich geschafft, denn wir mussten, unter Zeitdruck und unter Einhaltung bestimmter Termine mit Kolleginnen und der Schulaufsicht Kontakt aufnehmen, Gespräche führen, ständig telefonieren, das Monatsgespräch führen, den GPR und die GEW kontaktieren, Briefe schreiben, Termine einhalten usw usw. Dabei hatten wir das ungute Gefühl, zwar eine Menge gewirbelt, aber vermutlich doch viel Wichtiges übersehen zu haben. Es hat uns sehr entlastet, dass wir die einzelnen Fälle nur auf dem Papier vorgelegt hatten. Ein besonderes Vergnügen war es, die schauspielerischen Fähigkeiten unserer Teamerinnen zu erleben. Sie spielten nicht nur die Rollen der jeweiligen Schulaufsichtsbeamten mit erstaunlicher Lebensnähe, sie waren auch KollegInnen, Mitglieder des GPR und der GEW, alles was eben gebraucht wurde für das Rollenspiel „Personalratsarbeit“. Besonders kreativ waren sie bei der Auswahl der Namen: So führten wir Gespräche mit Frau Weißnich von der Außenstelle Zechlinerhütte, wurden von Frau Viper (Leiterin des LSA) abgefertigt oder kümmerten uns um die Probleme von Kollegin Leidig, die man vorzeitig in den Ruhestand versetzen wollte.

Unser Fazit: Wir haben vor allem durch die jeweiligen Fehler gelernt. Es prägte sich das besonders gut ein, was wir falsch angingen. Wir wollten kompetenter erscheinen, als wir waren und haben uns nicht immer die entsprechende Hilfe geholt. Trotz des bei allen vorhandenen Ehrgeizes, die jeweiligen Fälle selber lösen zu wollen, ist uns doch schnell klar geworden, dass es kein Zeichen von Faulheit oder Bequemlichkeit ist, sich Unterstützung zu holen, sondern zwingende Notwendigkeit. Es kommt ja vor allem darauf an, die Rat suchenden KollegInnen kompetent zu beraten. So gesehen hat uns die Schulung in die Lage versetzt, mit aufgekrempelten Ärmeln in die nächste Sitzung zu gehen und unser neu erworbenes Wissen dezent oder auch massiv einzubringen.

Gudrun Geschow/Mechthild Unverzagt

Tarifverhandlungen

Schwierige Auseinandersetzung in Hochschule und Forschung

Zusammen mit der ÖTV hat die GEW seit langer Zeit gefordert, dass die Arbeitsbedingungen in Hochschul- und Forschungseinrichtungen tarifvertraglich geregelt und nicht per Hochschulgesetz oder beamtenrechtlicher Regelung diktiert werden. Als zentrales Element dieser Kämpfe ist bisher das Hochschulfristvertragsgesetz zu nennen, bei dem die Gewerkschaften nach über zehnjähriger Auseinandersetzung Mitte der 90er Jahre höchstrichterlich mit dem Hammer der Wissenschaftsfreiheit auf den Boden der professoralen freiheitlich-demokratischen Grundordnung festgenagelt wurden.

Trotzdem: Gewerkschaften denken weiter

Gewerkschaftliche Positionen zur Veränderung der Personalstruktur, Befristungsproblematik, zu Vergütungsfragen, urheberrechtlichen Aspekten wissenschaftlicher Arbeit usw. sind trotzdem kontinuierlich weiterentwickelt und zuletzt in einem gemeinsamen Positionspapier von GEW, ÖTV und DAG „Eckpunkte für tarifvertragliche Regelungen im Bereich Wissenschaft und Forschung“ (Oktober 2000) zusammengefasst und vorgelegt worden.

Die rot-grüne Bundesregierung strebt im Bereich Hochschule und Forschung mit dem Vorhaben der Dienstrechtsreform Veränderungen der Professorenbesoldung (Kernstück sind abgesenkte Eingangsbesoldungen in Kombination mit leistungsabhängigen nach oben hin möglichst offenen Zulagen) an. Dazu sollen noch 2001 die entsprechenden Vorlagen ins Bundeskabinett eingebracht und das Gesetzgebungsverfahren eröffnet werden. Parallel dazu hat Ende letzten Jahres die Arbeitgeberseite signalisiert, dass sie im Tarifbereich vergleichbare Regelungen umsetzen möchte. Nach einigen Vorgesprächen sind am 28. März in Bonn Tarifverhandlungen aufgenommen worden. Dabei steht den Arbeitgebern (BMI, TdL, VKA,...) eine gemeinsame Verhandlungsdelegation von ÖTV, DAG und GEW gegenüber.

Weit auseinander liegende Positionen

In der ersten Runde wurden die Ausgangspositionen beider Seiten für die Verhandlungen ausgetauscht. Dabei zeichnen sich weit auseinander liegende Positionen ab: Für welche Bereiche soll verhandelt werden – Hochschul- und Forschungseinrichtungen gemeinsam? Gibt es von den Forschungseinrichtungen die entsprechenden Verhandlungsmandate für die Arbeitgeberseite? Für welchen Personenkreis sollen eventuelle Regelungen gelten? – Für wissenschaftliches Personal? Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in wissenschaftlichen Einrichtungen? Was ist wissenschaftsbezogenes Personal? Was sind leistungsbezogene Vergütungsmöglichkeiten? Welche Eingruppierungsveränderungen werden anvisiert? Welche Konsequenzen sollen in die Struktur der Vergütungstabellen gebracht werden?.....

Die Gewerkschaften werden die ersten Vorstellungen der Arbeitgeberseite sorgfältig analysieren und zur nächsten Verhandlungsrunde Mitte Mai gut vorbereitet die Diskussion weiterführen.

Rainer Hansel
ist der Leiter des Referates Hochschule und Forschung

Jürgen Röber

„Gut, wenn Profis am Werke sind!
Ich unterstütze die Stiftung Naturschutz Berlin”

Helfen Sie mit:
Spendenkonto: 6116800000
Stichwort: Profis
Weberbank BLZ 101 201 00

Weitere Informationen
Tel.030/26 39 4-0

Stiftung Naturschutz Berlin

Unsere Freundin und Kollegin

Eva Urbarscheck

ist am 9. April 2001 nach langer schwerer Krankheit gestorben.

Sie war lange Jahre unsere Vertrauensfrau und
hat in der Bezirksleitung Schöneberg mitgearbeitet.
Auf Eva konnten wir uns hundertprozentig verlassen.
Sie arbeitete mit großer Ernsthaftigkeit,
überraschte uns aber auch oft durch ihre plötzliche Heiterkeit.

Sie fehlt uns sehr.

Regine Hofmann
für die GEW Betriebsgruppe der Spreewald-Grundschule

Foto: Manfred Vollmer

Schafft nicht die Geisteswissenschaften ab

„Schafft die Geisteswissenschaften ab, und in fünfzig Jahren haben wir eine neue Diktatur", schrieb Andreas Karsten Schmidt in der letzten blz. Christof Jeggle findet diese These zwar nicht haltbar, begrüßt aber eine Diskussion über den Stellenwert der Geisteswissenschaften.

Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, in dem Geisteswissenschaftler Diktaturen und autoritäre Regime aller Art nach Kräften gestützt und legitimiert haben, ist die These nicht haltbar, dass Geisteswissenschaften vor erneuten Diktaturen schützen. Diese zu kurz greifende Legitimation der Geisteswissenschaften verdeutlicht jedoch das Problem, das diese Fächer gegenwärtig haben. Das bildungsbürgerliche Ideal, das Bildung als Wert an sich hoch gehalten hat, ist gesellschaftlich nicht mehr mehrheitsfähig.

Die neue „Wissensgesellschaft" interessiert sich stärker für die gesellschaftliche Relevanz von Wissen, nicht umsonst wird in der Diskussion um die Reform der Schulbildung das „Lernen auf Vorrat" in Frage gestellt. Die Geisteswissenschaften müssten nicht allzu viel befürchten, wenn sie sich stärker gesellschaftlichen Anliegen öffnen würden und zu gegenwärtigen Fragen Wissen in verständlicher Form anböten. Im Moment kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass die Geisteswissenschaften in erster Linie mit sich selbst beschäftigt sind. Da geisteswissenschaftliche Forschungen häufig gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenforschungen sind, die sich unmittelbarer ökonomischer Verwertung entziehen, sind sie in hohem Maße auf öffentliche Gelder angewiesen. Als Gegenleistung kann die Öffentlichkeit sehr wohl Wissensdienstleistungen verlangen. Leider haben die meisten GeisteswissenschaftlerInnen diese (eigentlich nicht so neue) Aufgabenstellung noch nicht wahrgenommen, sondern sehen sich schlicht als Opfer. Etablierte Fachkreise blockieren zudem fast jede Reform. Dabei wäre dringend zu diskutieren, wie wissenschaftliche Dienstleistung auf der einen sowie Qualitätssicherung und Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung auf der anderen Seite gewährleistet werden können. Da es nicht nur um Fragen der inhaltlichen wissenschaftlichen Ausrichtung geht, sondern auch um Fragen der Arbeitsbedingungen, werden auch gewerkschaftliche Belange berührt.

Die GEW sollte sich stärker einmischen

Hinsichtlich der gegenwärtigen Veränderungen sollte die GEW als Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen zwei Aspekte offensiver thematisieren:

- Eine weitere Verschlechterung der Lage der geisteswissenschaftlichen Fächer beeinträchtigt die ohnehin schon unzulängliche fachwissenschaftliche Ausbildung der Hauptklientel der GEW, der LehrerInnen. Minimalistisch ausgestattete Fachbereiche werden die überfällige Reform der fachwissenschaftlichen Ausbildung nicht leisten können. Es wird also nicht nur zu wenige, sondern auch unzureichend ausgebildete LehrerInnen geben.

- Wegen der immer noch rückläufigen Stellen im Mittelbau und der Neuausrichtung der Nachwuchsrekrutierung durch das Juniorprofessorenmodell besteht die Gefahr, dass der jetzige Nachwuchs der Jahrgänge 1956-1970, der wesentliche Leistungen zur wissenschaftlichen Produktion in den Geistes- und Sozialwissenschaften beiträgt, aus dem Wissenschaftsbetrieb herausfällt. Neben den sozialen Problemen droht ein erheblicher Verlust von Fachkompetenz.

Reformabgeneigtes Verhalten wird gefördert

Die Geisteswissenschaften stehen noch vor dem Generationswechsel, die Chance einer damit verbundenen Reform wird durch den ständigen Ressourcenmangel und fehlende Nachwuchspflege eingeschränkt. Nachwuchs-WissenschaftlerInnen müssen sich in erster Linie mit dem Problem ihres wirtschaftlichen Überlebens beschäftigen und sehen ihre Zukunftschancen rapide schwinden. Der große Druck fördert angepasstes reformabgeneigtes Verhalten, konformes Wohlverhalten wird nach wie vor belohnt. Vor dem Hintergrund der sehr hohen Anforderungen und Erwartungen, die an zukünftige Bildungseinrichtungen gestellt werden, ist eine grundlegende Reform der Geisteswissenschaften unabdingbar. Diese verlangt jedoch erfahrene, kompetente und reformwillige FachvertreterInnen, die die Möglichkeit haben, neue Konzepte zu erarbeiten. In den Geisteswissenschaften haben diese oft die Altergrenze von 32 Jahren überschritten. Neben einem Drängen auf Veränderung sollte die Integration des älteren geisteswissenschaftlichen Nachwuchses ein vordringliches Anliegen der GEW bei der an sich begrüßenswerten Dienstrechtsreform sein.

Christof Jeggle

Stimmt. An unseren Schulen ist was faul. Aber das sind nicht die Lehrer.

Die Klassen sind zu groß, die Klassenzimmer zu klein, die Bücher zu alt, das Mobiliar meist noch älter, und oft stinken die Toiletten zum Himmel. Eine Minute und dreißig Sekunden kann sich ein Lehrer durchschnittlich pro Unterrichtsstunde um ein Kind kümmern. Wir wollen das ändern.

Die GEW: die Bildungsgewerkschaft.

Lernen Sie uns kennen: www.gew.de

Wir bilden die Zukunft GEW **Wer, wenn nicht wir?**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Erzählt es euren Kindern

Anmerkungen zu einem Jugendbuch, das Gespräche über den Holocaust zwischen Eltern und Kinder anregen soll

Im Land der Dichter und Denker herrscht weitgehend Ratlosigkeit darüber, wie man dem bedrohlichen Ansteigen rechtsextremistischer Gewalt begegnen könnte. In Schweden dagegen waren weit verbreitete Unwissenheit über den Holocaust und neonazistische Aktivitäten für die Regierung Anlass genug, ein Buch über den Holocaust zu initiieren und 1998 in vielen hunderttausend Exemplaren schwedischen Familien kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ziel dieser offensichtlich sehr erfolgreichen Initiative war es, Gespräche über und die Beschäftigung mit dem Holocaust zwischen Eltern und ihren Kindern auszulösen.

Eine überarbeitete Ausgabe des Buches liegt nun auf Deutsch vor: **Stéphane Bruchfeld/ Paul A. Levine: „Erzählt es euren Kindern. Der Holocaust in Europa". München. C. Bertelsmann Verlag 2000.** In Schleswig-Holstein hat es davon sogar eine Sonderausgabe gegeben, die im Januar 2000 allen SchülerInnen des Landes ab der 9. Klasse kostenlos überreicht wurde. Initiativen, die eine weitere Verbreitung des Buches ermöglichen, sind in Vorbereitung.

Das in der deutschen Ausgabe als Jugendbuch konzipierte Buch dokumentiert die Ereignisse des Holocaust durch eine Vielzahl von Text- und Bildquellen, die in sachlicher Sprache kommentiert und zu einem zwangsläufig grauenvollen Gesamtbild verbunden werden. Bewusst verzichtet wird auf die schulbuchmäßige Einbettung des Holocaust in eine Geschichte des „Dritten Reiches" und auf damit meist verbundene relativierende Tendenzen.

Innerhalb der bisher in Deutschland verlegten Kinder- und Jugendliteratur gibt es kaum vergleichbare Bücher. Formal handelt es sich wohl am ehesten um ein Sachbuch, während die meisten anderen Jugendbücher zum Thema, auch wenn sie dokumentierende Elemente enthalten, von erzählendem Charakter sind (vgl. u.a. die Übersicht in Dahrendorf u. a. 1994).

Innerhalb der bisher in Deutschland verlegten Jugendliteratur gibt es kaum vergleichbare Bücher.

Aber wie kann, darf und soll man mit diesem Buch im Unterricht arbeiten? Welche Formen des Umgangs mit dem Buch wären eher kontraproduktiv einzuschätzen? Welche Ziele können durch die schulische Auseinandersetzung mit dem Buch realistischerweise erwartet werden?

Umgang mit dem Buch im Unterricht

Zentral bei der Frage nach den Zielen ist Adornos Postulat: „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung" (Adorno 1975, S. 88). Daraus lässt sich ableiten, dass zunächst die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten ist. „Erinnern können wir jedoch nur, was wir selber erlebt, erfahren oder gelernt haben. Unsere SchülerInnen heute müssen also erst etwas über den Holocaust lernen, um es erinnern zu können" (Heyl 1999 a, S. 8). Gehen wir davon aus, dass bei Jugendlichen nicht ohne weiteres die Motivation vorausgesetzt werden kann, sich mit dem Thema Holocaust auseinander zu setzen, ja dass einige von ihnen auch mit Aussagen konfrontiert werden, die den Holocaust leugnen, so könnte dem Buch „Erzählt es euren Kindern" eine wichtige Rolle zukommen. Ziel könnte es sein, „im Unterricht den Versuch zu unternehmen, durch die Art der Vorstellung und Ausgabe des Buches die Absicht zu stürzen, dass die SchülerInnen dazu motiviert werden sollen, das Buch freiwillig zur Hand zu nehmen. Das heißt: Schulischer Unterricht könnte sich darauf beschränken, hierfür gezielte Impulse zu liefern und ansonsten im regulären Unterricht zu einem späteren Zeitpunkt einmal auf Auszüge des Bandes zurückzukehren" (Danker 2000). Danker weist auch darauf hin, dass sich das Buch gut als Basis für Projekte, Vorhaben bzw. projektorientierten Unterricht eignet. Damit sind fachübergreifende didaktische Konzepte angesprochen, die neben dem Fach Geschichte auch den Deutsch-, Religions- und Ethikunterricht einbeziehen werden.

Diese Zielvorstellungen sind jedoch im Kontext einer Erziehung zu verstehen, die viel früher und mit durchaus historischer Distanz etwa als „Erziehung zur Empathie" (Ido Abram nach Heyl 1999a, S. 12) zu erfolgen hat. „Mit Adorno ist Abram darin einig, dass eine Erziehung, die auf Empathie, Autonomie und die Fähigkeit, nicht mitzumachen zielt, in frühester Kindheit beginnen könne und müsse" (Ebd.).

Jörg Knobloch

Weitere Literaturvorschläge zum Thema:

- *Abram, Ido/Matthias Heyl (Hrsg.):* Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule. Reinbek- Rowohlt 1996 (Bezug vgl. Heyl 1999b. Das im Moment wohl wichtigste Werk über den schulischen Umgang mit dem Thema Holocaust)
- *Adomo, Theodor W.*: Erziehung noch Auschwitz (1966). In: Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt/M: Suhrkamp (1970) 1975, S. 88-104.
- *Dahrendorf, Malte u. a.*: Das Vergangene ist nicht tot. Kinder- und Jugendbücher zum Thema Faschismus/Nationalsozialismus. Ein Verzeichnis. Bad Homburg. Mensch & Leben,1994 (Bezug. Mensch & Leben, Postfach 1944, 61289 Bad Hamburg).
- *Dahrendorf, Malte (Hrsg.)*: Die Darstellung des Holocaust in der Kinder- und Jugendliteratur. Weinheim. Juvento 1999 (Beiträge Jugendliteratur und Medien 10, Beiheft)
- *Danker, Uwe:* Handreichung für schleswig-holsteinische Schulen zum Buch „Erzählt es euren Kindern". Schleswig/ Kronshagen 2000
- Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen. Frankfurt/ M.: Diesterweg (1985) 1992
- *Heyl, Matthias:* „Holocaust-Erziehung"? In: Dahrendorf 1999, S. 7-17 (1999a)
- *Heyl, Matthias:* Thema Holocaust im Internet. Eine Handreichung für die Schule und die Bildungsarbeit, Hamburg, FAS 1999 (Bezug: FAS, Wohlers Allee 58, 22767 Hamburg. Sehr hilfreiche Einführung in die Verwendung des Internets speziell zur Thematik Holocaust. Dort weitere Projektvorschläge, mit Diskette)
- *Knobloch, Jörg:* Lesen in Rausland. Literatur gegen Rechts. Freiarbeit-Kartei, Texte und Projekte. Lichtenau: AOL Verlag 1994
- *Knobloch, Jörg.* Unterrichtsmaterialien zum Thema Holocaust. Lichtenau: AOL Verlag 2000 (Download über www. aol-verlag.de – Nützlich u. kostenlos)
- *Knobloch, Jörg/ Malte Dahrendorf(Hrsg.):* Offener Unterricht mit Kinder- und Jugendliteratur. Grundlagen, Praxisberichte, Materialien. Baltmannsweiler. Schneider 2001.

Theater und Schule

Das neue Stück von theater strahl heißt „Romeo & Julia" und hat am 18. Mai Premiere. Probefoto mit Sebastian Thumer als Romeo und Susanne Würth als Julia. Foto: joerg metzner

Kritisch gesehen

Theater Strahl
Romeo und Julia: Ein Stück über das ewig neue Drama zwischen Liebe und Hass. Ein altes Stück in modernem Gewand. Die Premiere des neuen Stückes findet am 18. Mai um 190.30 Uhr statt. Weitere Aufführungen: 19. und 22. Mai um 19.30 Uhr; 21./22./23. Mai um 11 Uhr. Spielort: Die Weiße Rose, Martin-Luther-Straße 77 in Schöneberg. Kartentelefon: 695 99 22 oder www.theater-strahl.de

Grips Theater
David und Lisa (ab 14): 10.5. um 18 Uhr; 11.5. um 10 Uhr (zum letzten Mal!).
Ganz große Pause (ab 13, in der Schiller-Werkstatt): 16.5 um 18 Uhr; 17./18.5. um 11 Uhr; 19.5. um 19.30 Uhr.
Melodys Ring (ab 12): 12.5. um 19.30 Uhr; 14.5. um 18 Uhr; 15.5. um 10.30 Uhr.
Max und Milli (ab 5): 17./18.5. um 10 Uhr; 19.5. um 16 Uhr.
Schlag auf Schlag (ab 14, Schiller-Werkstatt): 21.5. um 19.30 Uhr; 22./23.5. um 11 Uhr; 24.5. um 19.30 Uhr.
Alles Gute (ab 10): 26.5. um 16 Uhr; 28.5. um 10 Uhr.
Ab heute heißt du Sara (ab 16): 30./31.5 um 18 Uhr.
Grips Theater, Altonaer Str. 22, 10557 Berlin-Tiergarten, Tel. 397 47 477 (Nachmittag- und Abend-Vorstellungen), Tel. 397 47 40 (Vormittag-Vorstellungen), Internet: www.grips-theater.de

Theater Mirakulum
Peppi – Das Entchen (Puppentheater ab 3): 7. /9./15./17.5. um 10 Uhr; 5./6./12./13./19. und 20.5. um 16 Uhr.
Miracle man – Reise durch die Welt der Marionetten (Puppenshow ab 6): 22./23./28./29./30.5. jeweils um 10 Uhr; 24.-26.5. jeweils um 16 und 20 Uhr; 27.5. um 16 Uhr; 4.6. um 16 Uhr; 6.6. um 10 Uhr; 7.6. um 14.30 Uhr.
Mirakulum Puppenkomödie Berlin, Brunnenstraße 35 in Mitte, Tel. 449 08 20 . Internet: www.mirakulum.de

KinderMusikTheater e.V.
• Spielort: Schatzinsel Kreuzberg, Köpenicker Str. 2-3, 10997 Berlin. Kartenvorbestellung: Tel. 61 40 21 64
Die Fuzzys: *Starwars im Kinderzimmer*, ab 7: 9./10.5.
Platypus Theater: *Ach du dickes Ei*, ab 3: 22.5.
Theater Jaro: *Herr Kluge und ein Dinosaurier in der Schule*, ab 4: 29.5.
Kleine Bühne: *Die Gänsehirtin am Brunnen*, ab 5: 30./ 31.5.
Vorstellungsbeginn jeweils 10.30 Uhr
• Spielort: Kulturhaus Spandau, Mauerstr. 6, 13597 Berlin
Kartenvorbestellung: Tel. 43 67 26 69
Klecks Theater: *Peter und der Wolf*, ab 3: 8./9.5.
Theater Handgemenge: *Lucie und Karl Heinz*, ab 5: 15./16.5.
Theater o.N. Ania Michaelis: *Die Geschichte von der dicken Frau*, ab 3: 22./23.5.
Theater Vagabund: *Schlaf jetzt Willi Wiberg*, ab 3: 29./30.5.
Vorstellungsbeginn: jeweils um 10.30 Uhr
• Spielort: Freilichtbühne Zitadelle Spandau, Am Juliusturm, 13599 Berlin

Ohne Theater ins Theater

Aussuchen. Anfordern. Anschauen.

TheaterGemeinde
Berlin/Brandenburg

Telefon 030/212 963 00
www.theatergemeinde-berlin.de

ausschneiden und einsenden

❑ Ja, ich möchte erfahren, wie ich in Zukunft ohne Theater ins Theater komme.

Schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihr Infopaket: Informationen über die TheaterGemeinde und je ein Probeheft von SPIELPLAN und TheaterRundschau.

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

TheaterGemeinde e.V. · Tauentzienstraße 3 · 10789 Berlin

Kartenvorbestellung: Tel. 43 67 26 69
PampelMuse: *Hexen-Ein-mal-eins*, ab 5: 31.5 um 11 Uhr

Theaterpädagogischer Dienst
Programm für LehrerInnen:
Theater in der Staatsoper unter den Linden: *„Cosi fan tutte“* von W. A. Mozart. Mit Rainer O. Brinkmann als Referent am 8. Mai von 15 bis 19 Uhr, 9. Mai 10 bis 17 Uhr und 10. Mai 10 bis 17 Uhr und eventuell Probenbesuch am Abend. 120 Mark für AfS-Mitglieder, 150 Mark für Nichtmitglieder.
Kursbeschreibung: Einführung in die Oper „Cosi fan tutte“ von W. A. Mozart (Informationen von der Produktionsdramaturgin). Ausgehend von der Musik erspielen wir die Figuren der Oper, setzen die Verwicklungen gesanglich und dramatisch in Szene. Probenbesuche, Gespräche mit der Dramaturgin Ilka Seifert, dem Regisseur Thomas Langhoff und anderen Beteiligten. Durchführung eigener Projekte in der Schule (Zusammenarbeit von Lehrern und StudentInnen in einer konkreten Schulklasse)
Premiere ist am 01. 6. 2001, weitere 6 Aufführungen folgen in dieser Spielzeit.
Bitte mitbringen: Textbuch (Reclam), Partituren (falls vorhanden), bequeme Kleidung und Verkleidungen aller Art (Hüte, Tücher, Jacken, Westen, lange Röcke, Kniebundhosen).
Anmeldung per Telefon, Fax, Email oder schriftlich bei: AfS Berlin/Brandenburg
Darmstädter Str. 7, 10707 Berlin, Tel.: 88 62 99 99, Fax.: 88 62 99 88 (meistens AB) Email: engelafs@p-soft.de (AfS-Homepage: www. afspage.de)

Programm für Schüler und Schülerinnen: *„Schwejk“* für LehrerInnen und Schulklassen am Theater des Westens (Uraufführung am 19. Mai 2001) Musical von Konstantin Wecker, M. Korth, P. Blaikner.
Unter spielpraktischer Anleitung lernen die TeilnehmerInnen die Charaktere und die Musik des Musicals kennen lernen. In kleinen szenischen Einheiten geht es um den Umgang mit Obrigkeit und Macht. Je nach Charakter ist die Reaktion auf Unterdrückung und Zwang unterschiedlich.
Im Workshop wird probiert, wie man neben Gewalt, Verweigerung und Wut noch anderes für die Form von Widerstand verwenden kann: z.B. den Witz, den Charme und die Frechheit. Eigenschaften und Techniken durch die sich der schwejksche Charakter auszeichnet.
Termine: 8. 6. (Lehrer); 6./7./11.-13. Juni (SchülerInnen). Anmeldung beim Theaterpädagogischen Dienst, Tel: 28397-486, Fax: 2826183

Fortbildung

Diesterweg Hochschule
In folgenden Kursen sind im Mai/Juni 2001 noch Plätze frei:
16 Bildende Kunst in Kl. 5/6: Figürliche Steinplastiken:* 10.5./17.5.
17 Biologie in Kl. 5/6: Säugetiere* 10.5./17.5.
18 Verfassen von Texten im Deutschunterricht der Kl. 5 und 6: * 30.5.
19 Sprachbetrachtung im Deutschunterricht der Klassen 5 und 6: Das Adjektiv:* 31.5.
20 „Lernen mit allen Sinnen“ im Deutschunterricht der Kl. 5 und 6*: 6.6.2001
21 Kinderschauspiele und Schulfestspiele* 6.6./13.6.2001
22 Differenzierung im Rechtschreibunterricht der Kl. 5 und 6:* 7.6.2001
* die so gekennzeichneten Seminare sind anerkannt als „Sternchenkurse“ für LUK
Anmeldung und Info: DIESTERWEG HOCHSCHULE e.V., Ahornstur. 5, 10787 Berlin, Tel. 21999342, Fax 21999350, E-Mail dh@gew-berlin.de
Das neue Semesterprogramm ist erschienen – Sie können es abholen oder sich zuschicken lassen.

Fortbildung in Reinickendorf
• *Konzentrations- und Lerntraining* für die 5. bis 8. Klassen: Voraussetzung für effektives Lernen ist die Fähigkeit, sich zu konzentrieren. Wer lernen will, sich zu konzentrieren, muss lernen, sich in vielfältigen Alltagssituationen zu entspannen. Der Kurs beinhaltet mentale und muskuläre Entspannungs- und Konzentrationstechniken. Am 16. Mai von 18 bis 20 Uhr in der 3. Hauptschule, Frohnauer Str. 74, 13467 Berlin. Am 6. Juni bei Tietzia, Tietzstraße 12, Berlin-Reinickendorf. Leitung: Ella Strahl.
• *Praxis „Jungenarbeit“*: Bei diesem Angebot geht es darum, pragmatische, auf die Praxis bezogenen Übungen, Spiele, Rituale, Gruppenregeln und weitere Anregungen für die Arbeit mit Schülern (Jungen) zu vermitteln. Am 21. und 28. Mai jeweils von 18.30 bis 20 Uhr: Tietzia, Tietzstr. 12, Berlin-Reinickendorf. Leitung: Helga Moericke. Durchführung: Herr Krystek, Sozialarbeiter an der Bettina-von-Arnim-Gesamtschule
Anmeldung für die Kurse beim LSA Reinickendorf, Frauenvertretung, Dr. Moericke, Tel.: 419 24 740. Kosten pro Sitzung: 15 Mark.

Materialien zur Antirassismusarbeit
Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) hat folgende aktuellen Materialien herausgebracht:
• *Gut gelandet – schnell gestrandet? Kinderflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland.* Die Broschüre gibt einen Überblick über die rechtliche, die soziale und die Bildungssituation von Kinderflüchtlingen in der Bundesrepublik, benennt die wichtigsten politischen Forderungen von Flüchtlingsorganisationen und gibt Anregungen für die pädagogische Praxis in der Jugendarbeit.
• *Trainings. Interkulturelle Methoden – antirassistische Ansätze – Konfliktlösungsstrategien.* Die Broschüre gibt einen Überblick über verschiedene Formen der Trainingsarbeit. Ansätze und Methoden, Motivationen und Ziele, Chancen und Probleme werden in der Gegenüberstellung deutlich. Dabei werden interkulturelle Trainings, antirassistische Ansätze und Methoden der Deeskalation und konstruktiven Konfliktlösung vorgestellt.
• *Was tun, wenn ...? Zivilcourage gegen rechts.* Was heißt eigentlich „Zivilcourage gegen rechts“, wie lernt man Zivilcourage und welche Hilfe können zivilcouragierte Menschen in Anspruch nehmen? Diese Fragen will der neue Reader von IDA beantworten. In ausgewählten Texten werden Inhalte und Voraussetzungen von Zivilcourage näher bestimmt, Lern- und Praxisbeispiele vorgestellt und rechtliche Aspekte erörtert.
Alle Broschüren sind in der IDA-Reihe „Reader für MultiplikatorInnen in der Jugend- und Bildungsarbeit“ (ISSN 1616-6027) erschienen und gegen eine Schutzgebühr von je DM 10,00 zu beziehen über: IDA, Friedrichstr. 61 a, 40217 Düsseldorf, E-mail: info@IDAeV.de

Aktivitäten

Auf den Spuren der Detektive
In der neuen Ausstellung des Kindermuseums Labyrinth „Ist hier alles lupenrein? Auf den Spuren der Detektive.“ begeben sich die Kinder selbst auf Spurensuche, erstellen Phantombilder, entschlüsseln oder entwerfen Geheimcodes, erlernen die Kunst des Tarnens und gewinnen so spielerisch Einblick in die Methoden der Detektivarbeit. Die Mitmachausstellung für Kinder ab 5 Jahren ist noch bis zum 17. Juli geöffnet und dann noch einmal vom 25. August bis zum 4. November. Eintritt für Kinder 5 Mark, für Erwachsene 6 Mark,

für Familien 16 Mark. Info. Tel. 49 30 89 01 oder www.kindermuseum-labyrinth.de. Adresse: Osloer Straße 12, 13359 Berlin-Wedding.

Schülerwettbewerb „Dialog für Toleranz“
Der Wettbewerb wird vom Cornelsen Verlag und der Stiftung Survivors of the Shoa Visual History ausgeschrieben und zeichnet Projekte mit 1.000, 2.000 oder 3.000 Mark aus, die sich gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus wenden. Anregungen zur Projektgestaltung sind im Internet unter www. erinnern-online.de zu finden: Reportagen, Hörspiele, Videofilme, Internet-Seiten, Fotoberichte .. Bis zum 30. Juli 2001 kann man sich bewerben bei Cornelsen Verlag, IB Gesellschaftswissenschaften, 14197 Berlin.

Die Galerie der Romantik ist geschlossen
Die wohl einmalige Sammlung mit dreiundzwanzig Bildern von Caspar David Friedrich sowie Bildern von Blechen, Schinkel und einer Reihe weiterer „Romantiker“ hatte ihren besonderen Reiz nicht nur durch die vielen Meisterwerke auf engstem Raum, sondern auch Dank der idealen Räumlichkeiten im Seitenflügel des Schlosses Charlottenburg. Die kleine, überschaubare Sammlung und der etwas abseits gelegene Ort machten die Galerie der Romantik zu einem stillen Erlebnis. Jetzt ist die Galerie leider geschlossen worden. Die Bilder werden wieder zurückgeführt in die Alte Nationalgalerie, wo sie aber erst Ende des Jahres wieder zu sehen sind.

Blindenwerkstatt Otto Weidt
Die Ausstellung „Blindes Vertrauen – Versteckt am Hackeschen Markt 1941-1943“ kann dank der Finanzierung durch das Jüdische Museums auch weiterhin am historischen Ort gezeigt werden. In der Nazizeit arbeiteten in der Blindenwerkstatt jüdische und nichtjüdische Blinde und Taubstumme unter dem Schutz des Kleinfabrikanten Otto Weidt, der hier auch jüdische Mitbürger vor ihren Verfolgern verbarg, darunter auch Inge Deutschkron, die in ihrem Buch „Ich trug den gelben Stern“ darüber berichtet.
Anhand von Briefen, Gedichten und Fotographien werden in den drei Räumen der nahezu unverändert erhaltenen Werkstatt das eindringliche Bild einer ständig von Deportation bedrohten Lebenssituation nachgezeichnet und die mutigen Versuche der Bedrohten und die Hilfe Weidts gewürdigt. Die Ausstellung ist Dienstags bis Freitags von 10 bis 16 Uhr und am Wochenende von 13 bis 19 Uhr geöffnet: Rosenthaler Straße 39 in Mitte, Tel. 285 99 407. Internet: ausstellung@blindes-vertrauen.de

Stellenbörse

Sonderpädagogin (Körperbehinderten- und Sprachbehindertenpädagogik mit Montessori-Diplom möchte sich an eine Schule umsetzen lassen, an der diese Qualifikation gewünscht und gebraucht wird. Tel. 685 82 55, email: Rzwanzger@aol.com

Montessori-Grundschule in freier Trägerschaft in Neuruppin sucht für das Schuljahr 2001/2002 Lehrkraft mit Montessori-Diplom bzw. Bereitschaft, es bald zu erwerben, für den Aufbau der Schule. Kontakt: Elke Herzberg, Tel. 03391/ 652 137.

Internet

www.aktiv-gegen-rechts.de ist das Info-Portal der Initiative „Brandenburg gegen Rechts“, einem Zusammenschluss der Falken, der Landjugend und der Jusos im Bundesland Brandenburg mit einer Auflistung rechtsextremer Überfälle in Brandenburg seit 1997.

www.verfassungsschutz.de/renetz/index.html Informative Internetseiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit gut aufgearbeiteten Statistiken und Schaubildern und einer Infoschau.

www.idgr.de führt zum Informationsdienst gegen Rechtsextremismus mit einem sehr sachkundigen und nützlichen Online-Lexikon Rechtsextremismus.

www.bnr.de ist die Internetfassung der Zeitung „Blick nach rechts“ mit aktuellem Material und guten Recherchemöglichkeiten und dem Spiel „Ploppattak“ für Kinder und Jugendliche. Bei dem Spiel geht um rechte Sprüche und was man dagegen sagen kann.

www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/index.htm enthält eine Chronik der rechten Gewalt.

www.exit-deutschland.de ist als Anlaufstelle für Aussteiger aus der Nazi-Szene eingerichtet worden.

www.verbraucherbildung.de bietet Unterrichtmaterialien, Infos und Hintergrundwissen zum Thema Konsum, aber auch zum Thema Internet-Nutzung im Unterricht.

FERN- TRANSFER- TAGES- UND STADTFAHRTEN
REISEBUSSE mit 24-36- und 48 SITZPLÄTZEN
BTB BUSTAXI Berlin GmbH 13187 Wollankstr. 20
Tel (030) 485 24 00 Fax (030) 485 24 09
Fahrschule ELCH GmbH

Kathrin Hofmann

SCHWARZES SCHAF

direkt am S-Bhf. Lichterfelde - Ost • Jungfernstieg 4B
12207 Berlin • Telefon 7 72 53 56 • Gertrud Hillmann
Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-13 Uhr

Anzeige

Sommer-Straßentheater Performance-Seminar
19. - 29. Juli 2001 JGH Helmarshausen
Sommertheaterseminar mit Abschlussaufführung einer Straßentheaterperformance in Göttingen. Theatertraining mit einem abwechslungsreichen Abendprogramm begleitet die Arbeit an der Inszenierung. Teilnahme ist mit oder ohne Theatervorkenntnissen möglich.
Teilnahme: Ab 16 Jahre, Eltern mit Kindern ab 12 Jahre
theaterwerkstatt bajazzo
Telefon: 040 - 39 67 37
internet: www.bajazzo.de

Architekt übernimmt individuelle Planung, Ausschreibung, Bauleitung für Umbau, Ausbau, Anbau, Neubau.
Beyer 3 41 85 68

Schlagfertigkeit in der Schule
Tagesseminar am 26. Mai 2001
Info und Anm.: 3 42 76 35
www.rauh-seminare.de

Mecklenburgische Seenplatte, Weser, Altmühl
z. B. 5-Tage-Tour, kmpl. o. Anreise: p. P. 241,– DM
mit kompetenter Planung und Durchführung
Nordlicht
Tour & Kanu
Gneisenaustraße 19 · 10961 Berlin
Fon 69 40 13 06 · Fax 69 40 13 08
e-mail: info@nordlicht-kanu.de
www.nordlicht-kanu.de

Sommerferien 2001
Betreute Kinder- und Jugendreisen
14 Tg Querxenland für Kinder
17 Tg Balaton in Ungarn
für Jugendliche
17 Tg Supetar - Adria - Kroatien
für Jugendliche
Klassenreisen 2000/01
Italien, Tschechien, England, Spanien, Kroatien, Ungarn, Frankreich, Polen usw.
preiswert und individuell
für Oberschulen
BGB-Reisen
030 431 00 57
www.bgb-reisen.de

Supervision lohnt sich!
Für die fachliche Arbeit und für die eigene Psychohygiene/Gesundheit – Individuelle Beratung
Regina Liedtke, Tel. 7 81 28 99
Langjährige eigene pädagogische und therapeutische Erfahrung mit schwierigen Kindern sowie Eltern und Ämtern.

Einzelsupervision
Fallbesprechung
Anne Haedke, Supervisorin
Info: Tel. 030 72 25 387
e-mail: AnneHaedke@compuserve.de

Karin Müller Supervisorin
Fallbesprechungen offene Gruppe
Info u Anm.: 0 30/3 93 62 21

Klett Diskussionsforum – Ideen für die Schule der Zukunft *Einladung an alle Lehrerinnen und Lehrer in Berlin*
Schule auf dem Weg von der Belehrungsanstalt zur Lernwerkstatt
Vortrag von Prof. Dr. Peter Struck, Universität Hamburg, Autor u. a. von „Erziehung von gestern, Schüler von heute, Schule von morgen“, „Netzwerk Schule: Wie Kinder mit dem Computer das Lernen lernen“, „Vom Pauker zum Coach – Die Lehrer der Zukunft“, „Erziehung für das Leben“, „Wie schütze ich mein Kind vor Gewalt in der Schule
Klett
am Donnerstag, den 30. Mai 2001
17.45 Uhr Einlass zum kleinen Buffet
18.30 Uhr Beginn des Vortrags
im „Haus der Kirche“,
Goethestr. 27
10625 Berlin-Charlottenburg
(U2/U7 – Haltestellen Wilmersdorfer Str., Bismackstr., Deutsche Oper)
Anmeldung: Treffpunkt Klett Berlin, Tel.: (030) 2 59 37 70, Fax: (030) 25 93 77 50, E-Mail: tp.berlin@klett-mail.de

Klassenfahrten • Kindererholung • Kita-Reisen

15 ha großes Gelände
Grillen am Lagerfeuer
Angeln • Tischtennis
Kutschfahrten

Ponyreiten
Fußballplatz
Volleyball
Reithalle

Mitglied im Schullandheimverband

Tel. 048 35 10 01 Fax 048 35 10 02
Internet: www.kinderferiendorf-forellenhof.de

FORELLENHOF • 25785 Nordhastedt

Hauseigenes großes Hallen-Wellen-Brandungsbad

Auf zum Werbellinsee!

Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte direkt am Werbellinsee – mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin

Aktuelle Angebote für Klassen- und Gruppenfahrten Herbst- und Winter 2001 / 2002

KENNENLERN-WOCHEN
Erforsche Dich selbst und die anderen
(Sekundarstufe I, Sept. + Okt.)

BERUFSBEWERBER-TRAINING
Fit für die Zukunft
(Klasse 9, Okt. - März)

GESUNDHEITS-WOCHE
Erlebnisprogramm mit Bewegung und Spaß, fit in die kalte Jahreszeit
(Kitas, Klassen 1-4, Okt. + Nov., Jan. - März)

ERLEBNISUNTERRICHT IM GRÜNEN
Projektwoche
(Sekundarstufe I+II, Okt., Nov. + März)

CITY-TOUR in die Bundeshauptstadt Berlin u.a. mit Reichstagsgebäude + Potsdamer Platz

BUGA-POTSDAM 2001
Bundesgartenschau: „Das grüne Klassenzimmer" + Potsdam-Bummel (nur bis 07.10.01)

WARTEN AUF DEN WEIHNACHTSMANN
Erlebnisprogramm in der Adventszeit
(Kitas, Hortgruppen, Kl. 1-4)

Achtung Preishit

Für ganze Schulen oder Klassenstufen gilt nur für Januar + Februar 2002

nur **17 EURO** (33, DM) pro Person/Übernachtung

Infos unter: EJB Werbellinsee GmbH, Joachimsthaler Str. 20, 16247 Joachimsthal Tel.: 03 33 63-62 96/97, Fax: 62 71, Internet: http://www.ejb-werbellinsee.de, e-mail: contact@ejb-werbellinsee.de

Klassenfahrten ENGLAND

S-E-T bietet Ihnen:
sorgfältig geplante Fahrten, top-zentrale Hotels, nette Gastfamilien

Aus unserem Programm:

London	*zentrale Hotels,* Ü/F	ab DM	**298,–**
London	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**348,–**
Hastings	*Hotel am Meer,* Ü/F	ab DM	**315,–**
Hastings	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**332,–**
Canterbury	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**345,–**
Eastbourne	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**348,–**
Worthing	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**342,–**
Broadstairs	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**338,–**
Southend	*Gastfamilien,* VP	ab DM	**349,–**

7 Tage-Fahrten inkl.: *4 X Ü/F bzw. Ü/VP, Busfahrt, Fähre, Freikilometer vor Ort (Verlängerung/Verkürzung möglich!)*

Weitere Ziele: *Irland, Italien, Frankreich, Spanien*

Fordern Sie unseren Prospekt an...
0421-30 88 20

S-E-T Studienreisen
Birkenstraße 37, 28195 Bremen
Tel. 04 21/30 88 20, Fax 30 88 233
http://www.s-e-t.de eMail: info@s-e-t.de

Cultura
Der Italien-Spezialist
Bauernhäuser · Landgüter · Villen · Hotels
(030) 308 20 408 · Fax...410 · www.cultura.de
Kaiserdamm 95 · 14057 Berlin

CAMPO DELL' ALTISSIMO.
KUNST & BEGEGNUNG
Bildhauerei in Marmor • Malerei • Aktstudie
Kurse in der Toscana und in Griechenland. Ostern bis Herbst
Info & Prospekt:
Am Eichgarten 15, 12167 Berlin
Tel.: 030/795 60 00 • Fax: 030 / 79 78 47 94
www.campo-altissimo.com
E-mail: Campo-Rosenzweig-Berlin@t-online.de

KLASSENFAHRTEN 2001 an die ostfriesische Küste

- In Norden & Neßmersiel sowie in Orten „hinter den Deichen"
- Jugendgästehäuser mit Halb-/Vollpension
- Zimmer mit DU/WC/Appartement
- Zwei Reisebegleiter erhalten Einzelzimmer
- Tolle Programme- & Ausflugsmöglichkeiten/ Inselprogramme, Wattwanderungen
- Fahrten per Bus oder per Bahn möglich
- Prospekt/individuelle Angebote auf Anfrage

Jugendwerk Brookmerland, Leezdorfer Str. 70
26529 Leezdorf
Tel: 0 49 34 -16 07 – Fax 0 49 34 -78 27
e-mail: fam.saathoff@t-online.de
internet: www.saathof.de

PRAHA
Appartments zentrumsnah ab DM 25.-
Info (040) 280 24 15

Gedenkstättenfahrten

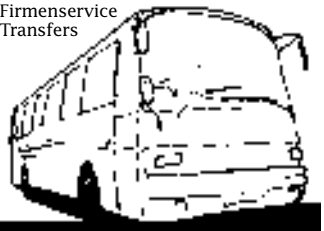
nach Polen Fahrt nach Krakau mit Besuch der Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau

nach Tschechien Fahrt nach Prag / Lidice / Theresienstadt mit Besuch der Gedenkstätten

FALKEN JUGENDFAHRTEN E.V.
Kleine Hamburger Straße 2, 10115 Berlin (Mitte)
Tel: 030 – 280 80 88
Fax: 030 – 281 31 24
eMail falken@jugendfahrten.de

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen
Graefestraße 68, 10967 Berlin
Fon: 0 30-6 91 30 31/32
Fax: 0 30-6 93 14 66

Klassenfahrt einmal anders
Niederlausitz in Brandenburg
Sie werden begeistert sein.
Info: 03 53 23/ 5 25
Fax: 03 53 23/ 6 24 74

BUSART-TOURS
DAS BESTGELAUNTE BUS- UND REISETEAM
Stephanstraße 1 • 10559 Berlin • Montag - Freitag 10-18 Uhr
Fax: 395 43 60 • www.busart-tours.de • e-mail: info@busart-tours.de
☎ 030 - 395 90 91

Tagungshaus in Wendland
mit kleiner Bio-Landwirtschaft und Tieren; max. 45 Pers.; für Gruppen ab 8 Pers. DM 15,-; nur Wochenende DM 20,-, Selbst-, Teil-, bis Voll- und Vollwert-Verpflegung mögl., 3 abgeschlossene Wohnbereiche, Betreuung u./od. Exkursionen vermittelbar.
29482 Meuchefitz (150 km von HH, 250 km von Berlin, mit Bahn + Bus)
Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76

AK – Finanz
Neuer Film

Verlockende Reisen

Schottland, West Highland Way	1219 DM
Schweiz, Tour de Souisse 11 Tage	1775 DM
Marokko, Wanderkarawane ab	2980 DM
Gomera, Wandern & Relaxen ab	2195 DM
Polen, Rad, Kanu, Reitwoche ab	420 DM

Flüge und Fähren – weltweit und preiswert

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Klassenfahrten und Ferienfreizeiten

Ulis Kinderland
23996 Gallentin
Am Nordzipfel des Schweriner Sees zwischen Schwerin und Wismar gelegen bietet unsere ca. 4 ha große Anlage 300-400 Kindern das Know-How einer gelungenen Klassenfahrt – **ab 140,-DM/Woche**! Tagesfahrten usw. sind im Preis enthalten. Vielfältige Freizeitmöglichkeiten – Streichelzoo auf dem Gelände. Fordern Sie jetzt Informationen an unter:
Telefon: 0 38 42 33 65
Fax: 0 38 42 35 13 59
Internet:www.ulis-kinderland.de
Euer Team aus Uli's Kinderland

KLASSENREISEN

BUSART-TOURS GMBH & WOLFGANG GÖDEL GBR

Streifzüge durch Europa für Schulklassen und Jugendgruppen
Zum Beispiel:

TOSCANA, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge … ab DM 380,-
SPANIEN, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge … ab DM 365,-
FRANKREICH, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge … ab DM 450,-
GRIECHENLAND, 12 Tage Rundreise … ab DM 750,-

oder NORWEGEN … SCHWEDEN … ÖSTERREICH … HOLLAND …
… und viele Sonderangebote von November bis März!!

KLASSENREISEN
c/o Wolfgang Gödel
Westendallee 96B · 14052 Berlin
Tel. 030 – 861 95 57 · Fax 030 – 861 17 79

Der neue Katalog ist da: 030-8 61 95 57

Sommer- u. Herbstferien

Z.B. Ägypten · Australien · Baltikum · Burma · China · Ecuador/Galapagos · Emirate · Griechenland · Indien · Irak · Iran · Israel · Italien (Kalabrien/Sizilien/Sicrerna/Toskana/Umbrien) · Jordanien · Libyen · Marokko · Namibia · Oman · Spanien · Saudi Arabien · Sri Lanka · Türkei · Thailand · Tunesien · Zypern u.a

Reisen in den Schulferien 2001/2002

Katalog bitte anfordern!

Lothar Kögel Studienreisen
12207 Berlin Hartmannstraße 30
Tel. 771 30 10 Fax 771 30 133

rabys@t-online.de
www.AGARIA.de

PRAHA

Ab 141.- 5 Tage

Kostenlos: Ihr 20seitiger Reiseplaner Prag!

AGARIA TOURS
DAS TSCHECHISCHE TEAM
FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN IN DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek - Steintorweg 9 - 20099 Hamburg
Telefon 040/ 280 95 90 - Telefax 040/ 280 95 9-13

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 375,- DM
Budapest	ÜF 375,- DM
London	ÜF 495,- DM
Prag	ÜF 398,- DM
Paris	ÜF 438,- DM
Rom	ÜF 464,- DM

10-Tage-Busreise z.B. nach	
Südengland	Ü 415,- DM
Toskana	Ü 395,- DM
Südfrankreich	Ü 449,- DM

(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive! Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!
REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (02306) 7 57 55-0 • FAX (02306) 7 57 55-49

Klassenfahrten? ruf einfach den dänen an!
PRAG 4 ÜF (ohne Fahrtkosten) inkl. Stadtführung ab .... DM 93,-
LONDON 4 ÜF Seeregatta ab Hamburg ab DM 333,-
Halsteinische Str. 14 vm reisen Tel. 030 - 79 70 19 40
12163 Berlin (Steglitz) www.vm-reisen.de Fax 030 - 79 70 19 45

Klassenfahrten
Projektfahrten
Gedenkstättenfahrten
Kanu- und Fahrradtouren
NEU!
Katalog 2000/01:
Klasse(n)Fahrten auf 32 Seiten!
Kostenlos anfordern:
Falken-Jugendfahrten
Tel.: 030 - 280 80 88
Kleine Hamburger Str. 2 10115 Berlin
email: falken@jugendfahrten.de

Klassenfahrt auf Reiterhof (Haflinger) i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden, Heuhotel, Lagerfeuer, Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Reithalle, Ausritte, Sauna, Disco, Platz für ca. 30 Schüler/innen. Freie Termine im September und Oktober. VP incl. 5 Reitstd. 240,– DM. Mo. – Fr.
Hof Lust, 29553 Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67, Fax 10 46
www.hoflust.de

Klassenfahrten nach Prag, Budapest und St. Petersburg
(incl. Transfer, Unterbringung, Programm)
Infos anfordern bei:
biss • Freiligrathstraße 3 • 10967 Berlin
Telefon 693 65 30

DALLY Großauswahl vom Fachmann
100 Klaviere ab 1.800,– • Flügel 6.000,–
Keyboards 49,– • Digital-Pianos 799,–
Gitarren, Verstärker, Noten
Dally Musikhaus
Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH
ZIMMEREI
Holzbau • Wintergärten
Fachwerkrekonstruktionen
MAUREREI
Neubau • Umbau • Sanierung
Reparaturen • Betonbau
INNENAUSBAU
Trockenbau • Einrichtungen
Badeinbau • Dachausbauten
PLANUNGSBÜRO
Planung • Statik • Bauleitung
Bauphysik • Baubiologie
Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Eastline
PRAG
Jüdischer Tag, Theresienstadt u. Lidice, Literarische Führung, Schulbesuch, Skodawerk
4 ÜF p. P. ab 112 DM
KRAKAU
Auschwitz - Birkenau, Podgorze, Plaszow, Salzbergwerk-Wielicka, das jüdische Viertel Kazimierz
4 ÜF p. P. ab 80 DM
BUDAPEST
Jugendstilführung - Szentendre
4 ÜF p. P. ab 108 DM
KARLSBAD
Goetheprogramm
4 ÜF p. P. ab 128 DM
PETERSBURG
Newskij - Prospekt, Eremitage, Peterhof, Zarskoje Selo, Pawlowsk und Nowgorod
4 ÜF p. P. ab 120 DM
Alle Preisangaben exklusive
Programm und Anreise
Helmstr. 8 10827 Berlin
Tel. (030) 787 797 0
Fax (030) 787 797 11
www.Eastline.com

Holzbau

Dienstleistungen Service

Tischlermeister Karnatz

Richterstraße 47
12105 Berlin-Tempelhof
Telefon: 7 06 98 62
Tel./Fax: 7 44 06 25

Holzbau – Dienstleistungen – Service

- Montagen; Einbau-, Ausbau- und Umbauarbeiten: Küchen, Schränke, Möbel
- Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten
- Massivholzbearbeitung und -verarbeitung
- Wand- und Deckenverkleidungen; Zwischendecken
- Dachstuhlausbau nach Ihren Vorstellungen
- Fußböden: Verlegeplatten und Hobeldielen; Alt und neu: Dielen verlegen, schleifen und Hartwachs versiegeln
- Massivholzbetten und Hochbetten nach Maß
- Aus- und Einbau/Umbau: Türen-, Fenster-, Treppensanierung
- Türfutter-Regal nach Maß
- Sicherheit: Türverstärkungen bei Alt- und Neubauten
- Pendeltüren, Fensterläden (-Sonderanfertigungen)
- Hausverkleidungen, Holzhauserweiterungen, -umbau
- Terrassenaufbau und -umbau; Balkonaufbau und -verkleidungen
- Gardinen-Regal mit integrierten Laufschienen und Konsolen
- Tische und Bänke aus Massivholz

Drechslerarbeiten:
Treppenpfosten/Treppenstäbe, -sprossen: Unikat und Einzelanfertigung!
Alle Arbeiten werden nach Ihren Wünschen solide ausgeführt!

Bildung und der Bildungsgewerkschaft in Nicaragua heute

José Antonio Zepeda Vorsitzender der nicaraguanischen Bildungsgewerkschaft CGTEN-Anden kommt am 14. 5. 01 auf Einladung der GEW nach Berlin.
Um 19 Uhr veranstaltet der Verein für die Städtepartnerschaft zwischen Kreuzberg und San Rafael del Sur (Nicaragua) eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit ihm im GEW-Haus in der Ahornstraße.

GEW-Forum: Reform der LehrerInnenbildung

Steigender LehrerInnenbedarf und immer weniger Nachwuchs aus den Unis
Der Druck auf Reformen in der LehrerInnenbildung wächst.

- Welche Vorschläge gibt es?
- Wie und wann werden sie umgesetzt?

Mittwoch, 16. Mai 2001 um 18.30 Uhr

im GEW-Haus Ahornstr. 5

Gemeinsame Erziehung

Mittwoch, 6. Juni um 16 Uhr:
„Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder in Norwegen". Vortrag von Prof. Dr. Steven von Tetzner, Oslo Vortrag in englischer Sprache, anschließende deutschsprachige Diskussion. (Einladende: Jutta Schöler; der Vortrag wird finanziert durch die TU Berlin und die Hans-Böckler Stiftung)

Dienstag, 19. Juni um 16 Uhr:
„Rechte von Behinderten auf Integration unter (verfassungs-)rechtlichen und ökonomischen Gesichtspunkten." Vortrag von Prof. Dr. Hans-Peter Füssel, Bremen. (Einladender: Ulf Preuss-Lausitz; der Vortrag wird finanziert durch die TU Berlin)
Beide Veranstaltungen finden statt im Raum BH 262 der TU Berlin; Ernst-Reuter Platz 1, unmittelbar am U-Bahnhof Ernst-Reuterplatz; gegenüber der Buchhandlung Kiepert.

Veranstaltungen für SeniorInnen

15. Mai um 10 Uhr:
Besuch des Waldfriedhofes Heerstraße am Olympiastadion, Treffpunkt am Friedhofseingang Trakehner Allee (5 Mark für die Führung).

28. Mai um 10 Uhr:
Besuch der Pfaueninsel. Treffpunkt: S-Bhf Wannsee, Ausgangshalle.

5. Juni um 9 UHr:
Besuch der BUGA in Potsdam. Treffpunkt: Am S-Bhf Alexanderplatz.
Fahrkarte und Eintritt: 21 Mark.

bild des monats

Foto: Christian v. Polentz

GEW im mai/juni 2001

10.5.	18.00 Uhr	Kita-AG, Raum 31
14.5.	17.00 Uhr	Fachgruppe Sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Raum 34
15.5.	17.00 Uhr	AG Arbeits- und Gesundheitsschutz, Raum 33
	17.00 Uhr	Fachgruppe Schulsozialarbeit, Raum 34
	19.30 Uhr	Abteilung Berufliche Schulen, Raum 32
	19.30 Uhr	AG Schwule Lehrer, Raum 34
16.5.	10.30 Uhr	SeniorInnenausschuss, Raum 33
	16.00 Uhr	Fachgruppe Grundschulen, Raum 32
	18.00 Uhr	AG Schwierige Schüler, Kantine
	18.30 Uhr	Fachgruppe Integrations- und Sonderpädagogik, Raum 33
	18.30 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik, Raum 34
17.5.	14.00 Uhr	AG Renten, Raum 34
	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 32
	18.30 Uhr	Abteilung Wissenschaft, Raum 33
	19.30 Uhr	Landesausschuss Frauenpolitik, Raum 34
28.5.	15.30 Uhr	AG Bildungsfinanzierung, Raum 33
29.5.	17.00 Uhr	AG Jugendliteratur: Bücher für die Ferienzeit. Ort: Fachschule Sozialpäd. (Bibliothek), Bismarckstr. 20 in Charlottenburg
31.5.	16.00 Uhr	WIP-Rat, Raum 33
31.5.	18.00 Uhr	AG Lesben, Ort: Begine
5.6.	18.00 Uhr	Landesausschuss Multikulturelle Angelegenheiten, Raum 33
6.6.	16.00 Uhr	AG Frauenvertreterinnen, Raum 33
	18.00 Uhr	AG Schwerbehinderte, Raum 34
7.6.	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss, Raum 33
	19.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik, Raum 32
8.6.	15.00 Uhr	VHS-Dozentinnen, Raum 33

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle der GEW BERLIN
Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo bis Fr. 9 – 12 und 12.30 – 16 Uhr, Mi. bis 17 Uhr / Fr. bis 15Uhr

Tel: 21 99 93–0 **Fax: 21 99 93–50**
info@gew-berlin.de **www.gew-berlin.de**

Rechtsschutzstelle im GEW-Haus:
Mo bis Do 13 – 16 Uhr, Fr 13 – 15 Uhr.
Persönliche Beratung erfolgt nur nach telefonischer Anmeldung: **21 99 93 45**